



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

A Die Aktenveröffentlichung des Ministerpräsidenten Eisner und der
Versailler Schuldspruch

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

A. Eisners Veröffentlichung
und der Versailler Schuldspruch

I

Die Veröffentlichung vom 23. November 1918 und ihre urkundlichen Unterlagen

Nachstehend folgt linksseitig die amtliche Veröffentlichung des Ministerpräsidenten Kurt Eisner vom 23. November 1918, rechts davon der Wortlaut der diplomatischen Schriftstücke, die der Veröffentlichung zugrunde lagen, nach den in den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin und des Ministeriums der Äussern in München befindlichen Urschriften:

Amtliche Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann ¹⁾

München, 23. November 1918

Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Äussern Eisner hat vor kurzem ²⁾ bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlasst, dass nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus

¹⁾ Erschienen in den meisten Zeitungen am 25. November. — Die Mitteilung stand schon am Tage vorher mit kleineren Textabweichungen im Berliner Tageblatt, in der München-Augsburger Abendzeitung und in der Depeschenausgabe des Wolff'schen Telegraphenbureaus.

²⁾ Vgl. A 22, Seite 46.

den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt:

Veröffentlichung

In einem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld die Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Österreichs an Serbien bestehen. Es heisst in diesem Bericht:

„Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit den Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, zu berichten:

„Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, dass man die Abreise des Herrn Poincaré

Der bayerische Geschäftsträger in Berlin von Schoen, an den Vorsitzenden im Ministerrate Grafen von Hertling¹⁾

Bericht 386.

Betr.: Die Aktion Österreichs gegen Serbien, Albanien. Die Haltung Russlands.²⁾

Berlin, den 18. Juli 1914.

Hochgeborener Graf!

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, Eurer Exzellenz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien Nachstehendes gehorsamst zu berichten:

Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, dass man die Abreise des Herrn Poincaré

¹⁾ Urschrift in den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin.

²⁾ Eisner benützte eine von ihm eigens in Berlin bestellte zweite Originalausfertigung; in ihr fehlt der »Betreff«.

und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um mit den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Dass das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, dass Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Ein Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, dass die serbische Regierung der grossserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht billige.
2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.
3. Einschreiten gegen alle, die an der grossserbischen Bewegung beteiligt waren.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Dass Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger

und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung der Kriegsminister und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Dass das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, dass Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Den Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, dass die serbische Regierung der grossserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie missbillige.
2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.
3. Einschreiten gegen alle, die an der grossserbischen Bewegung beteiligt seien.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Dass Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare

Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden, dass Österreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äusserte sich dahin, dass Österreich-Ungarn, dank seiner Entschlusslosigkeit und Zerschlagenheit, jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriener warten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, dass die Österreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorff selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, dass es für Österreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier,

Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand.

Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden, dass Österreich die günstige Stunde nutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äusserte sich dahin, das Österreich-Ungarn, dank seiner Entschlusslosigkeit und Zerschlagenheit, jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriener warteten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, dass die Österreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorf selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, dass es für Österreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier,

auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, dass wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschliesse, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin. Die Blanko-Vollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorials hierher gekommen war, ging so weit, dass die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlosslosen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, dass von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, dass Graf Berchtold, 3 Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, dass er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschliessen.

Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.“

Es wird dann in diesem Be-

auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, dass wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschliesse, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorials hierher gekommen war, ging so weit, dass die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln!

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlosslosen Stellen in Wien fast unangenehm wäre, dass von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien in seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, dass Graf Berchtold, 3 Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, dass er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschliessen.

Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt

richte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert.

Die Reichsleitung werde „mit dem Hinweis darauf, dass der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des Grossen Generalstabs sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte.“

Weiterhin werden über das vermutliche Verhalten der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es heisst da:

zwischen Österreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Österreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird. Im ersteren Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen Falle dagegen wären grössere Verwickelungen wohl unausbleiblich.

Im Interesse der Lokalisierung des Kriegs wird die Reichsleitung sofort nach der Übergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Grossmächten einleiten. Sie wird mit dem Hinweis darauf, dass der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des Grossen Generalstabs sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein als wie die anderen Mächte. (Wie ich mir hier einzuschalten gestatte, ist nicht einmal die italienische Regierung ins Vertrauen gezogen worden). Sie wird geltend machen, dass es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn „das Belgrader Anarchistenest“ einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, dass die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, dass die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, dass Österreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden

Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Russlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Massnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde.

Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in 1. Linie die Haltung Russlands sein.

Will Russland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Österreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, dass es eine Kampfweise, die mit Bomben werfen und Revolverschüssen arbeite, ebenso wenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, solange Österreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt.

Herr Zimmermann nimmt an, dass sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Russland in friedlichem Sinne einwirken werden; ausserdem baut er darauf, dass das „Bluffen“ eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet und der Russe zwar gerne mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.

England wird Österreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten. Ein Krieg zwi-

„Herr Zimmermann nimmt an, dass sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Russland in friedlichem Sinne einwirken werden; ausserdem baut er darauf, dass das „Bluffen“ eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet und der Russe zwar gerne mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.“

Über England wird gesagt, dass der Krieg zwischen Zweibund

und Dreibund England im jetzigen Zeitpunkte schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Käme es freilich zum Kriege, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vettern würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, dass Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke, und damit das europäische Gleichgewicht gestört würde.

schon Zweibund und Dreibund dürfte England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sein. Kommt es gleichwohl dazu, so würden wir aber nach hiesiger Anschauung die englischen Vettern auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, dass Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken und damit die „balance of powers“ gestört würde, deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet.

Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Österreich empfinden, dem es eine Stärkung seines Einflusses auf dem Balkan keineswegs gönnen würde. Wie mir der Gesandte von Bergen, der Referent für die Dreibundangelegenheit im Auswärtigen Amt, sagte, ist das Verhältnis zwischen Wien und Rom einmal wieder alles weniger als freundschaftlich. In Wien sei man sehr verstimmt gegen den italienischen Gesandten in Albanien, Aliotti, der gegen Österreich stark intrigiert zu haben scheint, und der Botschafter von Mery habe deshalb vor einigen Tagen den Auftrag erhalten, von Italien zu verlangen, dass dieses seine ganze Politik ändere, da sonst ein längeres Einvernehmen nicht möglich sei. Der Auftrag habe so scharf gelautet, dass San Giuliano ganz aufgebracht sei, und in dieser Spannung zwischen Österreich und Italien liege ein die Situation sehr erschwerendes Moment. Die Aufteilung Serbiens oder auch nur die Annexion des die Bucht von Cattaro beherr-

schenden Berges Lovzen in Montenegro durch Österreich würde Italien nicht, ohne dafür Kompensationen zu erlangen, dulden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass Italien die Einberufung seiner Reserven, die es mit der innerpolitischen Lage rechtfertigen will, zu dem Zweck vornimmt, um gegebenen Falles zur Besetzung von Valona zu schreiten. Herr Zimmermann ist der Meinung, dass Österreich sich dem nicht widersetzen sollte, da Valona eine neue Achillesferse für Italien bilden würde und die Entfernung zwischen Brindisi und Valona zu gross sei, als dass es den Italienern gelingen könnte, die Adria völlig zu sperren.

Vielleicht darf auch aus einer Äusserung des österreichisch-ungarischen Botschaftsrats, wonach nach seiner persönlichen Meinung Valona den Italienern gegeben werden könne, geschlossen werden, dass man sich in Wien bereits mit einer Festsetzung der Italiener in Südalbanien vertraut macht.

Wie ich ganz vertraulich gehört habe, ist der Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien, der vor einigen Tagen hier war, beauftragt worden, die Frage einer Entschädigung Italiens mit dem Grafen Berchtold zu besprechen und dabei in inoffizieller Form einfließen zu lassen, dass man Italien wohl dauernd gewinnen würde, wenn Österreich sich im Falle grösserer Gebietserweiterungen zur Abtretung des südlichen Trentino, d. h. desjenigen Teils des Erzbistums Trient, das nie zum alten deutschen Reich gehört hat, an Italien verstehen würde.

Dass das Wiener Kabinett diesem Gedanken näher treten

Nicht uninteressant ist es, dass in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Fritz Stollberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe (also schon damals).

werde, wird hier allerdings kaum erwartet, und man hat absichtlich den Botschaftsrat und nicht den gleichfalls in Wien anwesenden Botschafter beauftragt, das Gespräch auf das Trentino zu bringen, um nicht durch eine derartige offizielle Anregung zu verstimmen.

Was Bulgarien anlangt, so nimmt die hiesige österreichisch-ungarische Botschaft an, dass König Ferdinand den Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Serbien benutzen würde, um zur Rückgewinnung des im Bukarester Frieden verlorenen Gebietes gleichfalls gegen Serbien loszuschlagen. Da die Gefahr besteht, dass in diesem Falle Rumänien, wie im zweiten Balkankrieg, sich gegen Bulgarien wenden würde — an einer dahingehenden Beeinflussung seitens Russlands, das direkt nichts gegen Bulgarien unternommen wird, dürfte es auch diesmal nicht fehlen — so hat man von hier aus den König Karol, mit dessen Haltung man in letzter Zeit wenig zufrieden war, in nicht misszuverstehender Weise wissen lassen, dass Deutschland sich auf Seiten Bulgariens stellen würde, falls Rumänien nicht Serbien fallen lasse. Nach der Antwort des Königs nimmt man hier an, dass Rumänien Ruhe halten wird, falls ihm eine Entschädigung in Aussicht gestellt wird. Als solche käme das Gebiet um Vidin in Betracht, dessen Bevölkerung in der Hauptsache aus Rumänen besteht. Damit wäre dann wohl Rumänien für den Dreibund, der sich in diesem Falle als nützlicher und stärker als der Zweibund erwiesen hätte, von selbst zurückgewonnen.

Griechenland, das eine Verkleinerung Serbiens nicht ungern sehen würde, wäre in Epirus zu entschädigen und hätte dafür Kawalla an Bulgarien abzutreten.

Was endlich Montenegro betrifft, so hofft man hier, dass der intelligente König Nikita es vorteilhaft finden wird, die Serben allein gegen Österreich kämpfen zu lassen. Für die Abtretung des Lovzen, die Österreich gelegentlich einer so weitgehenden Umgestaltung der Balkan-Landkarte wohl für sich beanspruchen würde, könnte Montenegro in Nordalbanien entschädigt werden.

Welches dabei das Schicksal des Fürstentums Albanien sein wird, lässt sich heute noch kaum absehen. Fürs erste wird die trostlose Lage fort dauern, die in Paris mit den Worten charakterisiert worden ist: „les caisses sont vides, le trône est vide, tout est vide“ und dem Fürsten den Beinamen „le Prince du Vide“ eingetragen hat.

Genehmigen etc.

Schoen

Veröffentlichung

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft

Fernsprech-Meldung der Gesandtschaft in Berlin ¹⁾

In München aufgenommen
31. Juli 1914; 7⁴⁵ vorm.

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet sich in den Berliner massgebenden Krei-

¹⁾ Niederschrift im Ministerium des Äusseren, München.

vom 31. Juli 1914 früh wird die Überzeugung ausgesprochen, „dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden“.

Veröffentlichung

Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert:

Es laufen zurzeit zwei Ultimatus:

Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung. Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit grosser Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wo-

sen nicht, dass die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Wir haben gestern abend, wie immer in diesen Tagen, im Bristol gegessen, das gegenwärtig eine Art Diplomatenbörse bildet. Wir fanden die Österreicher noch ernster wie in den letzten Tagen. Sie schwiegen vollständig.

Von den Reisen der bundesstaatlichen Minister hierher kann man sich nur wenig versprechen; zudem besteht noch die Gefahr, dass die Herren nicht mehr nach Hause kommen könnten.

Fernsprech-Meldung der Gesandtschaft in Berlin ¹⁾

In München aufgenommen
31. Juli 1914; 8⁰⁰ nachm.

Es laufen zurzeit zwei Ultimata:

Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden, Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit grosser Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in 4 Wochen nieder-

¹⁾ Niederschrift im Ministerium des Äussern, München.

chen niederwerfen zu können. Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr.

Veröffentlichung

In einem Bericht vom 4. August 1914, aus dem übrigens hervorgeht, dass die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt:

„Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, dass selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkaufte wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich.“

werfen zu können; im französischen Heere kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr.

Der Gesandte Graf Lerchenfeld an den Vorsitzenden im Ministerrate ¹⁾

Bericht 427

Berlin, den 4. August 1914.

Ich habe nur zu melden, dass die Türkei sich Deutschland anschliesst und einige Korps mobil macht. Auch Bulgarien scheint entschlossen, mit Österreich gemeinsame Sache zu machen. Der Vertrag ist noch nicht geschlossen. Dies könnte militärisch Österreich wesentlich erleichtern. Holland ist die Neutralität von uns zugesichert. Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, dass selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkaufte wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich.

Reichstagsöffnung im Weissen Saal und Reichstagssitzung waren im höchsten Grade erhehend. Selbst im Jahre 1870 hat die Begeisterung, für die gerechte Sache zu kämpfen, sich nicht so elementar und einmütig gezeigt.

Die Durchführung der Mobilisation und der Aufmarsch verläuft

¹⁾ Urschrift in den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin.

ausgezeichnet. Generalstab und Kriegsministerium haben noch nicht eine Anfrage von irgend einer Seite erhalten. Jeder weiss, was er zu tun hat.

Ich muss annehmen, dass unsere Haltung gegenüber Belgien Bruch mit England im Gefolge hat.

G. H. Lerchenfeld.

II Auswirkung in Versailles

Nr. I

Schuldbericht der Entente

Die Mantelnote des Ultimatums vom 16. Juni 1919, in welchem die alliierten und assoziierten Mächte in Versailles die unbedingte Annahme ihres Friedensdiktates von Deutschland forderten, und das Ultimatum selbst enthalten eine ausführliche Schuldanklage gegen Deutschland.

Sie beruht auf dem Berichte, den die „Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen“ am 29. März 1919 der „Konferenz der Friedenspräliminarien“ unterbreitete.¹⁾

Der Bericht enthält zahlreiche Hinweise auf Dokumente, die in den Farbbüchern der kriegführenden Staaten erschienen waren. Er beruft sich mehrmals auch auf die bekannten Denkschriften des Fürsten Lichnowsky und Dr. Muehlons und verwertet an drei Stellen die obigen bayerischen Aktenstücke nach der auszugsweisen Wiedergabe der Eisner'schen Veröffentlichung vom 23. November 1918 unter ausdrücklichem Hinweis auf diese.

Der erste Abschnitt mit der Überschrift: „Vorgefasste Absicht, Krieg führen zu wollen“ behandelt die Entstehung des österreichisch-serbischen Streitfalles im Juli 1914 und die Haltung Deutschlands hierzu. Es wird der Nachweis versucht, dass die Mittelmächte in gemeinsamem bewusstem Zusammenwirken vorsätzlich mittelst des serbisch-österreichischen Konfliktes den Weltkrieg entfesselt hätten.

¹⁾ Das deutsche Weissbuch über die Schuld am Kriege. Autorisierte Ausgabe des Auswärtigen Amtes 1919; Seite 12 ff.

Im Anschluss an die Behauptung, dass in einer in Potsdam am 5. Juli abgehaltenen entscheidenden Beratung Wien und Berlin den Plan gefasst hätten, ein energisches kurzfristiges Ultimatum an Serbien zu richten, heisst es dann mit Benützung der bayerischen Veröffentlichung vom 23. November 1918:

„Es ist offensichtlich“, schreibt einige Tage später der bayerische Gesandte von Lerchenfeld¹⁾ in einem Bericht an seine Regierung, „dass Serbien nicht in Forderungen einwilligen kann, die unvereinbar mit der Würde eines unabhängigen Staates sind.“

In diesem Bericht vom 18. Juli 1914, dessen Inhalt niemals offiziell dementiert wurde, offenbart Graf Lerchenfeld, dass von diesem Zeitpunkt ab das Ultimatum an Serbien gemeinsam zwischen den Berliner und Wiener Regierungen beschlossen war, dass letztere für dessen Überreichung die Abreise des Präsidenten Poincaré und des Herrn Viviani nach Petersburg abwarten würden, und dass man sich weder in Berlin noch in Wien Illusionen über die Folgen hingab, zu denen dieser drohende Schritt führen würde. Man war vollkommen davon überzeugt, dass der Krieg daraus hervorgehen würde.

Der bayerische Bevollmächtigte erklärte überdies, dass die einzige Befürchtung der Berliner Regierung darin bestehe, dass Österreich-Ungarn im letzten Augenblick zögern und zurückgehen und dass andererseits Serbien auf die Ratschläge Frankreichs und Englands hin dem auf ihn ausgeübten Druck nachgeben würde. „Nun erachtet aber die Berliner Regierung den Krieg für notwendig.“ Deshalb erteilt sie dem Grafen Berchtold unbeschränkte Vollmacht und beauftragt den Ballplatz schon am 18. Juli 1914, mit Bulgarien zu unterhandeln, um es in ein Bündnis und in den Krieg hineinzuziehen.

Um dies Einverständnis zu verbergen, hatte man abgemacht, dass der Kaiser eine Fahrt auf der Nordsee unternehmen und der preussische Kriegsminister in Urlaub gehen würde. Auf diese Weise war die Kaiserliche Regierung in der Lage, zu behaupten, dass sie von den Ereignissen vollkommen überrascht worden sei.

Unversehens richtet Österreich an Serbien das Ultimatum, das in der Absicht, es unannehmbar zu machen, mit Sorgfalt vorbereitet war. Dadurch wurde niemand getäuscht: „Die ganze Welt begriff, dass dieses Ultimatum den Krieg bedeutete“, gemäss dem Ausspruch Ssazanows: „Österreich-Ungarn wollte Serbien verschlingen.“

¹⁾ Es wird also auch hier noch fälschlich Graf Lerchenfeld als Verfasser angeführt, obwohl schon am 25. November 1918 von dem damaligen Gesandten Dr. Muckle in Berlin in der Deutschen Allgemeinen Zeitung berichtet worden war, dass es sich nicht um ein Lerchenfeld'sches Schreiben, sondern um einen Bericht des Geschäftsträgers von Schoen handle. Vgl. IV Nr. 3 (Seite 53).

Im weiteren will der Bericht der Entente-Kommission dartun, dass nach der Übergabe des österreichischen Ultimatums in Belgrad die Mittelmächte mit bewusster gemeinsamer Absicht vermittelnde Vorschläge der Ententemächte auf die Seite geschoben und ihre wiederholten Bemühungen, den Krieg zu verhüten, zunichte gemacht hätten.

Als Beweisstück erscheint hier auch das Telefonat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914 7⁴⁶ vorm., mit der Bezeichnung: „Zweiter Bericht des Grafen Lerchenfeld, bayerischer Bevollmächtigter in Berlin, durch Kurt Eisner veröffentlicht“, und zwar in folgender Form:

In einem vom 31. Juli datierten Bericht erklärt die bayerische Gesandtschaft, sie sei davon überzeugt, dass die Bemühungen Sir Edward Greys, den Frieden zu erhalten, den Gang der Ereignisse nicht aufhalten könnten.

In dem Abschnitt „Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität“ wird die bekannte Äusserung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 4. August 1914 über Belgien zitiert. Daran knüpft sich folgende Stelle:

Diesem Geständnisse des deutschen Kanzlers, Herrn von Bethmann Hollweg, schliesst sich das erdrückende Zeugnis des Grafen Lerchenfeld an, der in einem Bericht vom 4. August 1914 anführt, dass der deutsche Generalstabschef es für „nötig erachtet, durch Belgien zu ziehen. Frankreich“, sagt er, „kann nur von dieser Seite her angegriffen werden. Deutschland könnte die belgische Neutralität nicht respektieren, selbst wenn es Gefahr liefe, Englands Einschreiten herauszufordern“.

Nr. 2

Deutsches Gegengutachten

In einer Note vom 20. Mai 1919 lehnte es Clémenceau namens der Alliierten ab, der deutschen Friedensdelegation das erwähnte Gutachten über die Verantwortlichkeiten am Kriege zu übergeben. Da aber wesentliche Teile in der Presse erschienen, prüfte ein freier deutscher Viererausschuss, bestehend aus den Herren Hans Delbrück, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Graf Montgelas und Max Weber im Auftrage der deutschen Friedensdelegation die Angaben des gegnerischen Kommissionsberichtes.

Die aktenmässig belegten „Bemerkungen“ dieser deutschen Viererkommission wurden von Graf Brockdorff-Rantzau am 28. Mai 1919 der Entente übersandt.¹⁾ Sie behandeln vor allem auch die Ursachen und den Verlauf des serbisch-österreichischen Konflikts und treten auf das Bestimmteste der Auffassung entgegen, dass zwischen Berlin und Wien ein geheimes Komplott zur Vernichtung Serbiens und zur Entfesselung des Weltkrieges geschmiedet worden sei. Sie betonen dabei, dass die Ziele der österreichischen Aktion gegen Serbien in Berlin im einzelnen nicht mitgeteilt worden sind, dass sie aber genau umgrenzt waren und keinerlei Annexionsgedanken enthielten.

Die Denkschrift berührt sodann die Verwertung und den Inhalt der Eisner'schen Veröffentlichung verschiedentlich in folgenden Bemerkungen:

Diesem Tatbestand haben die späteren in dem Kommissionsbericht²⁾ angeführten angeblichen Enthüllungen Eisners und anderer, soweit sie nicht Unrichtiges enthalten, Neues nicht hinzugefügt. Auch der Anfang Juli 1914 stattgehabte Briefwechsel zwischen den beiden Kaisern und deren Regierungen ist inzwischen in vollem Wortlaut veröffentlicht. Ein Kronrat hat am 5. Juli nicht stattgefunden. Der Kommissionsbericht spricht nur noch unbestimmt von entscheidenden Beratungen. Worauf diese sich in Wahrheit bezogen haben, ergibt Anlage V.³⁾ Die Nordlandreise des Kaisers wurde zu dem alljährlich üblichen Zeitpunkt angetreten, der preussische Kriegsminister hat seinen Urlaub schon am 2. Juli erbeten; beiläufig sei bemerkt, dass der von der Kommission erwähnte bayerische Bericht vom 18. Juli, der mehrere schon öffentlich berichtigte Irrtümer aufweist, nicht vom Gesandten Grafen Lerchenfeld, sondern vom Legationsrat von Schoenherr herrührt. Völlig unbegründet ist ferner nach Ausweis der deutschen Akten die Behauptung, dass damals Bulgarien zum Kriege gegen Serbien veranlasst werden sollte.

Es ist richtig, dass Österreich die Auffassung hatte, angesichts früherer nicht gehaltener Versprechungen Serbiens sich mit bloss diplomatischen Ergebnissen nicht begnügen zu können, sondern auf dem Eindruck einer militärischen Expedition bestehen zu müssen. Deutschland hat dieser Auffassung zugestimmt und Österreich dabei ermutigt.

¹⁾ Deutsches Weissbuch 1919. Seite 55/56 ff.

²⁾ Kommissionsbericht der Alliierten!

³⁾ Diese Anlage widerlegt die gegnerische Darstellung vom „Kronrat“ in Potsdam. Das deutsche Weissbuch über die Schuld am Kriege 1919. S. 77 ff.

Heute sehnt sich die Welt nach einem Völkerbunde, in dem militärische Massregeln nicht mehr zulässig sind, und in dem alle Nationen, ob gross oder klein, ob stark oder schwach, die gleichen politischen und wirtschaftlichen Rechte geniessen. Mit dem damals auch von anderen Staaten angewendeten Verfahren stand zwar das Vorgehen gegen Serbien nicht im Widerspruch und war im guten Glauben als eine Massregel gedacht, um einen seit langem die Gefahr eines Weltkrieges in sich bergenden Konfliktsstoff zu beseitigen. Immerhin empfand 1914 die deutsche Regierung selbst das Ultimatum als zu weitgehend (Blaubuch Nr. 18). Eine besondere Härte lag nach Ansicht der Unterzeichneten in der kurzen, auch auf spätere Vorstellungen hin nicht verlängerten 48stündigen Frist.

Auch den entgegenkommenden Charakter der serbischen Antwort hat die deutsche Regierung in ihrer unten besprochenen Note vom 28. Juli (Wolffs Telegramm vom 12. Oktober 1917) selbst anerkannt. Eine schiedsgerichtliche Regelung der nach dieser Antwort noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten hätte besser jenem Geiste des Vertrauens entsprochen, auf dem Sir Edward Grey am 30. Juli hinwies (Blaubuch Nr. 101), einem Geiste, welcher hoffentlich künftig die Beziehungen der Völker und ihrer Regierungen leiten wird. Voraussetzung für jenes für alles andere entscheidende Vertrauen wäre natürlich der Glaube gewesen, dass der englische Aussenminister nicht nur den von Augenblickserwägungen unabhängigen Willen, sondern auch die Macht hatte, die unzweifelhaften russischen Kriegsabsichten im Zaum zu halten. Daran zweifelt, soweit der gute Wille Sir Edwards Greys in Betracht kommt, von den Unterzeichneten niemand mehr. Zu fragen ist nur, ob dieser gute Wille auch in einer Art zum Ausdruck gelangte und, angesichts des die gesamte Lage umstürzenden Verhaltens Russlands, rechtzeitig gelangen konnte, um der deutschen Regierung jenes Vertrauen zu geben. . . .

Die Berliner Regierung hat in dem Bestreben, den Streit zwischen Serbien und Österreich auch diplomatisch zu lokalisieren, anfänglich zu den insbesondere von englischer Seite gemachten Vermittlungsvorschlägen sich ablehnend verhalten; sie glaubte, dass auf diesem Wege eine Beseitigung der ständigen Bedrohung des Weltfriedens nicht zu erreichen sei. In dem Kommissionsbericht ist jedoch erstaunlicherweise nicht erwähnt, dass der direkte Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg von deutscher Seite angeregt wurde, und dass Sir Edward Grey selbst dieses Verhalten als das zweckmässigste (the most preferable method of all) anerkannt hat (Blaubuch Nr. 67). Ein schwer begreiflicher Irrtum ist es ferner, wenn aus Blaubuch Nr. 43 eine Ablehnung der Vermittlung zu Vieren durch Deutschland gefolgert wird, da dieses Telegramm sich nicht auf jenen Vorschlag, sondern auf den einer Konferenz bezieht. Zu einer Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Russland ist Deutschland immer bereit gewesen (Blaubuch Nr. 18 und 46). Besonders auffallend ist es endlich, dass in dem Kommissionsbericht die längst

bekannten drei deutschen Noten nicht erwähnt werden, aus denen hervorgeht, wie stark der Druck war, den die Berliner Regierung vom 28. Juli ab auf das Wiener Kabinett ausgeübt hat. Die Unterzeichneten gestatten sich daher aus diesen wichtigen Dokumenten einiges hier anzufügen:

Am 28. Juli wird Wien auf den versöhnlichen Charakter der serbischen Antwort hingewiesen und aufgefordert, gegenüber den deutschen und anderen Vermittlungsvorschlägen nicht mehr die bisherige Zurückhaltung zu beobachten (veröffentlicht durch Telegramm des Wolffbureaus vom 12. Oktober 1917).

Am 29. (abgesandt Nacht 29./30.) wird die Verweigerung jedes Meinungs-austausches mit Petersburg als ein schwerer Fehler bezeichnet und beigefügt: „Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hincinziehen zu lassen.“ (Schon veröffentlicht in der „Westminster Gazette“ vom 1. August 1914, ferner mitgeteilt im Deutschen Reichstag am 19. August 1915.)

In derselben Nacht wird zur Unterstützung des Greyschen Vorschlags von Blaubuch Nr. 88 nach Wien gedrahtet: „Wir stehen, falls Oesterreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden, so dass wir zwei gegen vier Grossmächte ständen. Deutschland fiel durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Russland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine ungemein schwere.“ (Mitgeteilt im Hauptausschuss des Deutschen Reichstags am 9. November 1916.)

Mit dem erwähnten Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli nachmittags (Blaubuch Nr. 88) war der Weg zur Erhaltung des Friedens gefunden. Berlin war bereitwillig darauf eingegangen und drängte in Wien auf die Annahme in so scharfer Weise, wie wohl noch nie in ernster Stunde ein Bundesgenosse zum andern gesprochen hat. Es ist wahrlich nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn die der glücklichen Lösung so nahen diplomatischen Verhandlungen durch militärische Massnahmen der Gegenseite jäh unterbrochen wurden

Tatsächlich — und darauf kommt es an — ist die deutsche Regierung nicht in dieser Weise verfahren, sondern hat vom 28. Juli

an alles Denkbare getan, um Österreich zur Annahme von Vermittlungsvorschlägen zu bewegen. Hinsichtlich der Wiederaufnahme der direkten Besprechungen ist der Erfolg auch nicht ausgeblieben (Rotbuch Nr. 50).

Nr. 3

Spätere Erklärung der deutschen Viererkommission

Der deutschen Viererkommission lag in Versailles der volle Wortlaut der bayerischen Dokumente nicht vor.

Sie konnte für ihre Einwendungen also nur die Auszüge aus Eisners Veröffentlichung in Betracht ziehen.

Am 2. August 1919 erhob der Legationsrat von Schoen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 367) Einspruch dagegen, dass sein Bericht vom 18. Juli 1914 in gekürzter Form veröffentlicht worden war. Dadurch sei er verstümmelt und sein Sinn entstellt worden. Herr von Schoen führte verschiedene weggelassene Stellen wörtlich an. Wenige Tage später (10. August) brachte das genannte Blatt den ganzen Wortlaut des Gesandtschaftsberichtes.

Im Anschluss daran erschien folgende Erklärung der Viererkommission:

Bei Abfassung des Berichts über die Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch war der deutschen Viererkommission nur bekannt, dass der Bericht des bayerischen Legationsrats von Schoen vom 18. Juli 1914 in der damals vorliegenden Fassung mehrere Irrtümer enthielt. Aus den inzwischen von Herrn von Schoen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. August ds. Js. Nr. 367 (Beiblatt zur Morgenausgabe) veröffentlichten Aufklärungen geht hervor, dass die irrtümliche Darstellung des Berichts, als dessen Verfasser unrichtigerweise der vom 4. bis 26. Juli beurlaubte und von Berlin abwesende bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld bezeichnet worden war, darauf zurückzuführen ist, dass wesentliche Stellen des Berichts weggelassen waren. Diese Stellen beweisen von neuem, dass die Reichsleitung nicht den europäischen Krieg gewollt und betrieben, sondern von Anfang an auf die Lokalisierung des Konflikts zwischen Österreich und Serbien hingearbeitet hat und ernstlich bestrebt war, alle Anlässe zu einem europäischen Kriege auszuschalten.

Zur Begründung der ausserordentlichen Verspätung dieser Aufklärung teilt Herr von Schoen mit, dass bei Nachforschung nach seinem Bericht sowohl das Konzept aus den Berliner Gesandtschaftsakten als auch das Original aus dem Archiv des Münchner Mini-

steriums des Äussern verschwunden waren und erst durch Haus-
suchungen bei der Witwe Eisners und dem früheren Sekretär Eisners
(Fechenbach) wieder zutage gefördert wurden.¹⁾

Die Unterzeichneten ersuchen die Reichsregierung, bei einer Neu-
ausgabe des Weissbuches 1919 die vorstehende Erklärung zum
Abdruck bringen zu lassen.

Berlin, Würzburg und München, 3., 4. und 5. August 1919.

Hans Delbrück. Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Max Graf Montgelas. Max Weber.

¹⁾ Über diesen Sachverhalt siehe Näheres im letzten Abschnitt.

III

Zur Vorgeschichte der Enthüllung¹⁾

Nr. 1

Aus der ersten Regierungskundgebung Eisners in der Nacht zum 8. November 1918.

In dem Aufruf wird die über Nacht vollzogene Umwälzung und die Errichtung eines freien Volksstaates Bayern angekündigt.

Über die Friedensfrage heisst es:

Eine neue Zeit hebt an. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes auch die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu erledigen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Nr. 2

Aus der Rede Eisners im Arbeiter- und Soldatenrate am 8. November 1918²⁾

Dann die zweite Erwägung: Der amerikanische Präsident hat in seiner vorletzten Note in deutlichen Worten kundgegeben, dass er nicht gesonnen sei, mit dem, was man heute in Berlin Volks-

¹⁾ Die im folgenden Abschnitt erwähnten Regierungskundgebungen liegen gedruckt vor. — Vgl. Meiner, Deutscher Geschichtskalender: Die deutsche Revolution, 1. Bd. — Die Originale der mitgeteilten Aktenstücke befinden sich im Münchner Ministerium des Äusseren.

²⁾ Eröffnungsrede zur ersten Sitzung der Räte und zur Bildung des sozialistischen Ministeriums. — Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates und der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern vom 8. November bis 18. Dezember 1918.

regierung nennt, einen Verständigungsfrieden zu schliessen, sondern dass es sich bei einer solchen Regierung nur um Kapitulation handeln könne. Wenn aber nun in Bayern eine revolutionäre Regierung ersteht, deren treibende Kräfte von Anfang des Krieges an in einsamer und gefährlicher Opposition die deutsche Kriegspolitik bekämpft haben, so können wir vertrauen, dass eine solche Regierung bei dem amerikanischen Präsidenten einen anderen Eindruck erwecken und mildere Stimmung auslösen kann, als wenn er es zu tun hat mit einer Regierung, die alle Verantwortlichkeiten der Vergangenheit mit übernommen hat. Es liegt mir fern, in unwürdiger, feiger Art um die Gunst unserer Gegner buhlen zu wollen. Aber ich weiss, dass man uns, den treibenden Kräften der neuen Umwälzung, wenigstens Vertrauen schenkt. Wir haben niemals die gemeinsame Sache der Internationale geschädigt, deswegen vertraue ich, dass diese uns einen milderen Frieden für Deutschland erwirken kann, als wenn hier noch jenes System herrschte, das mitschuldig war an dem Ausbruch des grössten aller Verbrechen der Weltgeschichte.

Nr. 3

Kundgebung der Regierung des bayerischen Volksstaates vom 10. November 1918

An die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands
und Italiens!

An die Proletarier aller Länder!

Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und von endgültigem Erfolg gekrönten revolutionären Erhebung alle und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. Bayern hat sich als Volksstaat proklamiert. Das ganze Volk begrüsst jubelnd seine Erlösung. Die anderen Staaten Deutschlands folgen in unaufhaltsamem Drange unserem Beispiel und begründen damit zum erstenmal eine wirkliche innere Einheit Deutschlands.

In diesem Augenblick stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein.

Wie verstünden wir die Empfindungen, die die alliierten Mächte veranlassten, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würden. Die deutschen Autokraten und Militaristen verdienen keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit, und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden, bedeuten seine Vernichtung. Werden die Forderungen aufrechterhalten, so gehen wir Zuständen entgegen, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. Eine anarchistische Auflösung aller Verhältnisse, die gerade die bayerische Revolution durch die Schaffung eines in sich gefestigten Volksstaates verhindern wollte, würde die notwendige Folge sein, und die Herrschaft zuchtlos sich auflösender Millionenheere würde eine geistige und sittliche Verwilderung, eine politisch-soziale Besessenheit herbeiführen, die auch in das Gebiet der Sieger verheerend übergreifen würde.

Das darf nicht geschehen. Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, dass die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch die Schonungslosigkeit der Sieger vernichtet wird. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weit ausblickender Grossmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist. Der Völkerbund, der das gemeinsame Ideal der Menschheit geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur. Wir beschwören Euch, die Regierungen wie die Völker, in einer Tat erhabener Selbstüberwindung die für alle verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen. Dieses schwere Werk würde die erste Handlung des neuen Völkerbundes sein und ihn damit begründen.

Die alliierten Demokratien dürfen nicht vergessen, wie viel stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutschen seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind, und die Regierungen der alliierten Mächte dürfen nicht die Verantwortung vor den proletarischen Massen übernehmen, die Internationale in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich innerlich zusammengefunden hat. Das Schicksal der Menschheit liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich sind für die Herbeiführung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker.

München, den 10. November 1918

Das Ministerium des bayerischen Volksstaates

Kurt Eisner

Professor Foerster¹⁾ in Zürich an den MinisterpräsidentenDringendes Telegramm Zürich, den 11. November 1918; 6⁴⁰ nachm.

Aufrichtigen Dank für das Vertrauen.²⁾ Möchte zunächst zur Erwägung geben, ob es nicht besser wäre, die bayerische Sondergesandtschaft, die nur als Gewicht gegen die preussische Vorherrschaft einen Sinn hatte, gerade jetzt fallen zu lassen. Wichtiger als je ist es jetzt, dass Deutschland nach aussen einheitlich auftritt. Darum wäre die sofortige Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft Bern aus vielen Gründen ausserordentlich dringend; auch dafür wäre der im gestrigen Telegramm Genannte am meisten geeignet. Durch die geplante Neubesetzung der bayerischen Gesandtschaft hingegen könnte der Eindruck entstehen, als komme eine neue partikularistische Ära. Sollten jedoch besondere Gründe für eine vorläufige Sonderaktion Bayerns sprechen, so stelle ich mich selbstverständlich sofort zur Verfügung. Erlaube mir jedoch zu empfehlen, in diesem Falle das Provisorische der bayerischen Sondervertretung ausdrücklich hervorzuheben.

Foerster

Der Ministerpräsident an Professor Foerster in Zürich

Telegramm München, den 12. November 1918

Mein Wunsch, dass Sie die provisorische bayerische Gesandtschaft übernehmen, ist durch die triftigsten Gründe veranlasst. Partikularistische Gefahren bestehen gegenwärtig nicht. Die Bedrohung

¹⁾ Der frühere Münchner Universitätsprofessor und bekannte Pazifist; er war schon während des Krieges zeitweise in der Schweiz schriftstellerisch und politisch tätig. Seine Auffassungen über den Kriegsursprung, die Schuld am Kriege, die deutsche Kriegsführung trafen sich mit denjenigen Eisners, ohne dass er jedoch dessen revolutionäre Streikmethode zur Beendigung des Krieges gutgeheissen hätte. Vgl. Foersters Schrift: „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland“ (1920). Seite 21 berichtet Foerster über sein Zusammentreffen mit Eisner am Abend vor dem Streik der Kruppschen Arbeiter in München (Januar 1918); Seite 27 ff. und Seite 113 ff. über seine und Eisners Stellung zur Schuldfrage. Dabei wird auch die Veröffentlichung vom 23. November 1918 kurz behandelt.

²⁾ Bezieht sich auf das Angebot, das Amt eines Gesandten zu übernehmen.

kommt von ganz anderer Seite. Unter diesen Umständen ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass die besondere Form unserer bayerischen Revolution sich in ihrem moralischen Einfluss durchsetzt. Ich gebe Ihnen also hiermit die Vollmacht eines provisorischen Gesandten des bayerischen Volksstaates und ersuche Sie, beim Berner Bundesrat zu veranlassen, dass er die von uns in der Nacht zum 11. November an die Entente gerichtete Kundgebung sofort weiterleitet. Leider erhalte ich erst eben vom Bundesrat die Antwort, dass er die Weiterleitung ablehnt. Wenn Waffenstillstandsbedingungen nicht gemildert, so ist für uns alles verloren.

Ministerium des Äussern

Kurt Eisner

Nr. 6

**Der provisorische Gesandte in der Schweiz an den
Ministerpräsidenten**

Telegramm Zürich, den 13. November; 7⁴⁰ nachm.

Bestätige Empfang Ihrer telegraphischen Ernennung, die wegen Generalstreik erst heute mittag ankam. Warte für die persönliche Vorstellung nur noch Ihre schriftliche Vollmacht ab. Ihre Wünsche werden sofort erfüllt werden. Hatte soeben mit einem zufällig hier anwesenden höchst einflussreichen Vertreter der Entente mehrstündige Unterredung in Ihrem Sinne. Durch die vierjährige deutsche Bluffpolitik ist das Misstrauen uns gegenüber so gross geworden, dass man fürchtet, auch die jetzige Umwälzung sei nur eine Parade, oder nach kurzer Zeit würde die jetzt verdrängte Reaktion wieder hervorbrechen. Nur darauf beziehen sich die harten Bedingungen. Man wird uns aber bestimmt in grossem Stil mit der Ernährung helfen, sobald der neue Geist deutlich und zuverlässig in Wort und Tat zu Tage tritt. Hierüber wird Ihnen übermorgen Doktor de Fiori einen eingehenden Bericht von mir übergeben. Ich erbitte daher eine Anweisung an die Grenzbehörde, den Genannten ohne Durchsuchung passieren zu lassen. Da ich selber wohl erst nächste Woche nach München zur Berichterstattung abkömmlich bin, so erlaube ich mir durch den Genannten einige eilige Dinge mündlich zur Information und Entscheidung vorlegen zu lassen. Auf Abberufung sämtlicher diplomatischer Beamten der Gesandtschaft darf ich wohl rechnen.

Foerster

Nr. 7

Der Ministerpräsident an Professor Foerster in Zürich

München, den 14. November 1918

Sie werden hierdurch zum bayerischen Gesandten für die Schweiz ernannt.

Das Ministerium des Volksstaates Bayern.

Der Ministerpräsident: Kurt Eisner

Nr. 8

George D. Herron ¹⁾ in Genf an Professor Dr. Edgar Jaffé, Finanzminister des Volksstaates Bayern und an den Ministerpräsidenten Eisner

Telegramm

Genf, den 14. November; 12¹⁸ nachm.

Ich habe Ihre Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesandt und ebenfalls eine persönliche Erklärung und Bitte an den Präsidenten gerichtet, ich glaube, es sei nicht ratsam die Kundgebung in diesem Augenblick an die öffentliche Presse zu geben, weil dies nur dazu dienen würde, das Bolschewiki-Feuer zu schüren und die Erwägung der von Ihnen erwünschten Ziele zu verhindern. Ich möchte Sie besonders auf die Tatsache aufmerksam machen, dass Sie, wie ich fürchte, nicht genügend in Betracht gezogen haben, dass der Waffenstillstand nur ein zeitweiliges militärisches Übereinkommen, nicht aber ein Friedensvertrag ist. Der Waffenstillstand

¹⁾ Amerikanischer Pazifist, wirkte während des Krieges in der Schweiz; mit Foerster, Dr. Muehlon und ihrem Kreise in Fühlung, auch mit dem Finanzminister Professor Dr. Jaffé bekannt. — Vgl. seine 1920 erschienene Schrift „Der Pariser Friede und die Jugend Europas“. Hier beklagt der durch das Versailler „Teufelswerk“ aufs Bitterste Enttäuschte, unter Hintanstellung seiner Grundsätze den Krieg gegen Deutschland gepredigt zu haben, von dessen Niederlage er sich den Anbruch eines neuen Zeitalters des Völkerfriedens und der Humanität versprach. Er bedauert, seine deutschen Freunde in dem durch äussere Umstände hervorgerufenen Glauben gelassen zu haben, dass er mit Wilson, den er bis damals nie gesprochen, auf vertrautem Fusse stehe, und ihnen die Überzeugung beigebracht zu haben, dass die 14 Punkte des Präsidenten unbedingt erfüllt würden (wohin auch die obigen Mitteilungen weisen). Er fühlt solchermassen sich und den internationalen Pazifismus bedrückt durch eine „beinahe unerträgliche Bürde von Schuld und Unterlassungssünde“. (Seite 15; Seite 21).

betrifft nur unmittelbare militärische Zustände und hat mit der politischen Sachlage oder der Friedenskonferenz nichts gemein. Machen Sie dies Ihren Leuten klar. Besonders Sie als Antimilitaristen sollten sehen, dass der Zweck dieses Waffenstillstandes ist, Ihre eigenen Feinde in Deutschland zu zerstören und den Weg für Ihr Programm zu klären. Alles was Sie jetzt zu Ihren Gunsten zählen. Ausserdem besteht auf der Seite der Entente keine Absicht, Ihr Volk in ökonomisches Elend zu bringen, sondern man wünscht im Gegenteil, Ihnen so schnell wie möglich ökonomische Hilfe zu bringen. Schliesslich können Sie versichert sein, und das ohne den geringsten Zweifel, dass, wenn es Ihnen gelingt, unverzüglich eine wirklich demokratische Regierung in Bayern und den anderen deutschen Staaten zu errichten, der Präsident der allererste sein wird, Ihnen alle mögliche Sympathie und Hilfe zu bringen. Der Präsident wünscht nicht im geringsten, das deutsche Volk zu zerstören, sondern im Gegenteil so schnell wie möglich seine Erlösung und Befreiung zu erreichen.

Dieses Telegramm ist auch für Präsidenten Eisner bestimmt.

In alter Freundschaft und mit brüderlichen und herzlichen Grüssen

George D. Herron

Nr. 9

Der bayerische Gesandte in der Schweiz an den Ministerpräsidenten

Telegramm Zürich, den 14. November 1918; 12²⁵ nachm.

Da hier noch weitere Unterredung abwarten möchte, wird Bericht erst Samstag abend in Ihren Händen sein. Aussichten für Milderung Waffenstillstandsbedingungen verbessern sich unverkennbar auch auf englischer Seite, doch wird sich diese Milderung mehr in tatsächlicher Praxis als in sofortiger öffentlicher Zurücknahme einzelner Punkte vollziehen. Da hier jetzt entscheidend wichtige Möglichkeiten haben, in dieser Richtung auf massgebende Stellen zu wirken und Vertrauen in die deutsche Entwicklung zu schaffen, so werde ich meine persönliche Berichterstattung in München wohl besser auf Ende nächster Woche verschieben. Sie dürfen jedenfalls in der Organisation der Volksernährung zuverlässig damit rechnen, dass die auf der Ententeseite noch vorhandenen Widerstände nur vorübergehend sind und auf einer abwartenden Haltung in Bezug auf die Konsolidierung des neuen Deutschland beruhen. Habe im Sinne Ihrer Proklamation, die hier grossen Eindruck macht, darauf hingewiesen, wieviel die Entente jetzt zu dieser Konsolidierung beitragen könne. Meine Adresse bleibt bis auf weiteres Susenbergstrasse 100.

Foerster

**Aus dem Regierungsprogramm des bayerischen
Ministeriums vom 15. November 1918¹⁾**

Die ersten Handlungen der revolutionären Regierung haben bedeutsame Erfolge gezeitigt. Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen. Amerika verheisst dem besiegten Feind, durch Versorgung mit Lebensmitteln den furchtbaren Übergang zu erleichtern. Wir hoffen, dass es uns auch gelingen wird, die Zufuhr von Rohstoffen zu gewinnen. Wir haben heute die Zuversicht, dass dank unserer ebenso revolutionären wie besonnenen Politik unser in jener Note an die Entente ausgesprochener Gedanke der Erfüllung entgegenreift, dass der Völkerbund in der gemeinsamen Arbeit der Feinde an der Überwindung der Kriegszerstörungen sich bilden müsse.

Wenn wir auf das Vertrauen der feindlichen Mächte rechnen, so betrachten wir es um so mehr als unsere Aufgabe, auch innerhalb der deutschen Stämme eine innige Gemeinschaft vorzubereiten. Wir glauben und wollen, dass eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik unaufschiebbar ist. Wir sind ferner der Meinung und entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, dass die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muss. Wenn wir das Ziel erreichen wollen, dass die Vereinigten Staaten von Deutschland, die Österreich einschliessen, die einzige mögliche Lösung des nationalen Problems sind, so werden wir in nächster Zukunft eine zweckmässigere Gliederung der deutschen Staaten durchzuführen haben, die ohne jede Vorherrschaft eines einzelnen Staates und ohne Antastung der Freiheit und Selbständigkeit Bayerns auch die notwendigen Massnahmen vernünftiger Einheit trifft. So wird für das deutsche Volk auch in nationaler Hinsicht eine glücklichere Zukunft beginnen.

¹⁾ Amtliche Bekanntmachung.

Nr. 11

Der bayerische Gesandte in der Schweiz an den Ministerpräsidenten

Zürich, den 16. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Die Ernennung zum provisorischen Gesandten des bayerischen Volksstaates habe ich ohne Zögern angenommen, weil ich mich bezüglich der weltpolitischen Fragen in besonders intimer Gesinnungsgemeinschaft mit Ihnen fühle; ich glaube auch in der gegenwärtigen schwersten Krise Deutschlands meine alten und neuen Beziehungen zu den massgebenden Ententekreisen wirksamer verwerten zu können, wenn ich hier nicht nur als Privatmann tätig bin. Da ich im gegnerischen Lager wegen meines Universitätskonfliktes ein unbedingtes Vertrauen genieße, so dient meine Ernennung auch dazu, den Absichten der neuen bayerischen Volksregierung bei der Entente Vertrauen zu schaffen. Übrigens habe ich von dem Augenblicke an, in dem ich Sie zu meiner aufrichtigen Freude in der Macht wusste, sofort ganz in Ihrem Sinne gewirkt, wobei mir zugute kam, dass der intimste Vertrauensmann Clémenceaus, der sich in ununterbrochener Verbindung mit den leitenden Männern der Ententestaaten befindet, mich hier besuchte und seitdem fast jeden Tag ein Exposé über irgend eine wichtige Frage von mir erbittet, das er dann übersetzt und an die genannten Stellen sendet. Zufällig hatte ich sofort nach Empfang Ihres Telegramms wieder Gelegenheit, dem Genannten in dreistündiger Unterredung die ganze Sachlage darzulegen, wobei ihm das moralische Element in Ihren Kundgebungen besonderes Vertrauen einflösste. Er hat sofort nach dieser Unterredung an Clémenceau und an die amerikanische Gesandtschaft telegraphiert. Sie dürfen als schönsten Lohn für alle Ihre Mühen das Bewusstsein haben, dass Sie in diesem Augenblicke Deutschland gerettet haben. Denn die vorangehenden Berliner Kundgebungen vermochten kein Vertrauen zu erwecken.

Bei der Beurteilung der ersten Waffenstillstandsbedingungen ist zu beachten, dass dieselben noch auf Wilhelm II. zugeschnitten waren und das damals noch nicht überwundene, schuldige, militärische Deutschland treffen sollten; „wir wollten hart sein“ sagte der Genannte, „wir wollten dem militärischen Deutschland die ganze Wucht seiner Niederlage zeigen und damit dem deutschen Volke grell zum Bewusstsein bringen, wohin es geführt worden ist“. Von diesem Standpunkt aus sind auch die starken Garantien begreiflich, die man forderte: solange jenes militärische Deutschland nicht radikal aus dem Sattel gehoben war, musste man ja in der Tat jede Lebensmittellieferung noch als Proviant für den Feind betrachten. Nun

ist ja alles in bestem Gange: mir wird soeben auch von zuverlässiger Seite aus Bern telephoniert, dass die Entente auch in Bezug auf Tempo und Frist der Demobilisierung zu grösstem Entgegenkommen bereit sei, um ein Chaos zu verhindern. Ganz besonders hat man in Frankreich nunmehr den dringenden Wunsch, das zweitausendjährige Nachbarschaftsverhältnis zum deutschen Volke auf eine ganz neue Grundlage zu stellen.

Zur Beurteilung der bisherigen Haltung der Entente ist auch zu beachten, dass vor zwei Wochen die Vertreter des österreichischen ancien régime hier mit der Entente verhandelten, um durch schnelle Verproviantierung die Revolution zu verhüten und den Thron zu retten: Die Entente hat dann vorgezogen, den Sturz des alten Systems abzuwarten.

Weltpolitisch sehr in Betracht zu ziehen ist die Stellung der Entente zum Bolschewismus. Ich gebe zunächst kurz die Auffassung des oben erwähnten Ententevertreters wieder: Derselbe betonte, daß dem Westen jede noch so radikale deutsche Regierung willkommen sei, sobald sie sich nur vom Bolschewismus, d. h. von gewalttätiger und blutiger Autokratie bestimmter Gruppen und der daraus folgenden Anarchie fernhalte. Einer bolschewistischen Regierung werde man jede Unterstützung versagen. Man werde auch dem russischen Bolschewismus jetzt zu Leibe rücken, man habe den Krieg gegen die deutsche Unmenschlichkeit nicht geführt, um dafür den bolschewistischen Zarismus einzutauschen. Ich habe sofort betont, dass Bolschewismus bei uns nur zu fürchten sei, wenn die jetzige Regierung in der Volksernährung versage; der bayerische Ministerpräsident habe ausdrücklich den unblutigen Charakter der geschehenen Umwandlung gefeiert; alle Kundgebungen der neuen deutschen Regierungen seien voll von Appell an strikteste Ordnung. Ich glaube, dass jede öffentliche Kundgebung, die in diesem Sinne eine Absage an die östlichen Methoden enthält, von ganz ausserordentlicher Bedeutung ist, um die Atmosphäre zu schaffen, ohne die die Übersee Lieferungen grossen Stils zum Aufbau der deutschen Industrie nicht wagen wird: Nur das Vertrauen auf eine geordnete — wenn auch noch so radikale — Entwicklung in Deutschland wird im Stande sein, das überseeische Unternehmertum so bald wie möglich aus einer abwartenden Haltung herauszubringen.

Erlauben Sie mir, dass ich im Anschluss an diese Mitteilungen noch meinen eigenen Standpunkt zu der Prinzipienfrage „Bolschewismus und Entente“ präzisiere. Aus vielerlei Anzeichen habe ich die Ahnung, dass Ihre Auffassungen auch in dieser Frage weit mit den meinigen gehen, ja vielleicht ganz mit denselben übereinstimmen. Es kann aber auch sein, dass ich mich in dieser Annahme irre — dann ist es gut, dass Sie genau sehen, wo ich stehe, und danach manche künftige Entscheidung bemessen.

Gestern abend besuchte mich der polnische Redakteur M. Horwitz, der die Absicht aussprach, auch Sie aufzusuchen und der im

Anschluss daran mir seine Ansichten entwickelte. Er kritisierte lebhaft Ihre Tonart gegenüber der Entente und behauptete, man hätte ruhig abwarten sollen, bis die Entente-Sozialisten ihre Regierungen durch Umsturz zu anderen Waffenstillstandsbedingungen gezwungen hätten. Auf meinen Einwurf, dass dann eben das Chaos bei uns eingetreten wäre, antwortete er, das hätte nichts geschadet, solche Erschütterungen seien nötig, um die Geburt einer wirklich neuen Welt zu ermöglichen. Der Herr machte mir den Eindruck eines ganz abstrakten Kopfes, der die politischen und sozialen Verhältnisse der Ententevölker völlig schief beurteilt und den chaotischen Osten zum Lehrmeister der deutschen Entwicklung machen möchte. Die Mentalität dieser blossen Mechaniker der gesellschaftlichen Entwicklung, deren ganze Propaganda im Grunde moralisch völlig in der Luft steht, ist mir genau so tief zuwider wie die Mentalität unserer realpolitischen Ideologen des nationalen Gewaltstaates: es sind ganz die gleichen Naturen, nur dass die einen von unten das vollbringen wollen, was die anderen von oben praktizierten. Leider gehört nach meinem Eindruck auch die hiesige „Volksrecht“-Gruppe durchaus in diese Sphäre, — woher es sich auch erklärt, dass diese Gruppe in der demokratischen Schweiz eine vollständige moralische und politische Niederlage erleidet, wozu nicht zum wenigsten ihr Eintreten für die Terroristen der Lenin-Regierung beigetragen hat. Allen diesen Leuten sind Sie bereits verdächtig. Der Redakteur Horwitz repräsentiert — wenn ich ihn richtig verstanden habe — in typischer Weise eine Anschauung, die jetzt in gewissen von der Stimmung des revolutionären Ostens beeinflussten Kreisen der Schweiz grassiert: die sogenannte Entente sei der eigentliche Feind und repräsentiere den imperialistischen Kapitalismus in seiner höchstentwickelten Form; alles komme darauf an, die westliche Arbeiterschaft im östlichen Sinne zu revolutionieren und dann gemeinsam gegen die Bourgeoisie vorzugehen. Eine Verständigung mit der jetzigen Entente verhindere nur diese radikale Lösung. Diese Leute wollen also nach vier Jahren Weltkrieg nunmehr den vierjährigen Bürgerkrieg als Mittel der sozialen Reorganisation entfesseln. Wenn dies das Programm des Fortschritts in Europa werden sollte, dann wüsste man wirklich nicht mehr, wofür man noch leben und kämpfen soll. Diese abstrakten Köpfe haben wohl zu wenig Phantasie, um sich zu fragen, wie der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas möglich sei, wenn die gesellschaftliche Erneuerung jetzt im östlichen Stile mit Hass, Absonderung und Gewalttat in Angriff genommen werden solle. Wir brauchen gewiss jetzt Führer und Programme, die aufs Ganze gehen und die das Volk zu grossen Entschliessungen fortzureissen verstehen, aber diese Führer müssen die Fähigkeit haben, den Bund der Handarbeit mit der Intelligenz und mit der technischen Welterfahrung in neuem Geiste zu begründen, statt diese Faktoren von einander loszureissen — und das in einem weltgeschichtlichen Augenblick, in dem von ihrer neuen Zusammenarbeit Leben und Gesundheit von Millionen abhängt —

vor allem auch die Herstellung von neuen Lebensbedingungen für die Millionen, die vier Jahre im Kriegselend gesteckt haben. Sollen sie nun aus der Not des Weltkrieges in die Schützengräben des Bürgerkrieges geworfen werden?

Die Hauptsache ist: die Vertreter jener ganzen Propaganda haben keine Ahnung von Wesen und Tendenz der französischen und englischen Arbeiterbewegung. Die industriellen Arbeiter sind in Frankreich eine absolute Minorität. Frankreich ist das Land der kleinen „Proprietäre“. Diese haben alles, was sie wollen. Eine neue Revolution in Frankreich ist ausgeschlossen — genau so wie sie in der Schweiz ausgeschlossen ist. Es kann in beschränktem Kreise vorübergehende Unruhen geben — aber nichts, was auch nur entfernt an Bolschewismus erinnert, kann sich dort durchsetzen. Was England und Amerika betrifft, so ist dort trotz der riesigen Industriearbeiterschaft eine Revolution völlig ausgeschlossen — einfach weil man dort von Gewaltaktionen nur Schaden erwartet und ausserdem jede Möglichkeit hat, sich im Rahmen der bestehenden Ordnungen allmählich durchzusetzen. Ich bin über diese Dinge und ihren neuesten Stand ganz genau unterrichtet. Die Bolschewisten werden erleben, dass englische und amerikanische Arbeiter von Odessa aus gegen jene Anarchie, die das Zerrbild jeder Demokratie ist, genau so begeistert vormarschieren, wie gegen den deutschen Militarismus. Der Westen hat dem Gewaltregime in jeder Form den Krieg erklärt, zum Teil aus Idealismus, zum grösseren Teil aus den Lebensbedürfnissen der geordneten Weltwirtschaft heraus, während wir immer noch in der weltpolitischen Borniertheit des ostelbischen Denkens steckten.

Ich habe diese Frage ausführlich behandelt, weil ich annehme, dass Ihnen in diesen Tagen von dem hiesigen bolschewistischen Zentrum aus viele falsche oder schiefe Informationen über die inneren Verhältnisse im Ententelager zugetragen worden sind. Die Entente, ausgenommen Italien, ist absolut nicht vom Imperialismus beherrscht; Ihre Politik ist daher durchaus im Einklang mit dem wirklichen Sachverhalt.

Ganz besonders wichtig schien mir das Interview, das die „Vossische Zeitung“ betreffend Ihre Stellung zum Bolschewismus veröffentlichten konnte: ich werde sofort dem Bundespräsidenten Mitteilung machen, der — unabhängig von meiner Ernennung — den Wunsch nach einer Aussprache mit mir über die internationalen sozialen Probleme geäussert hat. Wir brauchen den guten Willen der massgebenden Kreise der Schweiz ja jetzt mehr als je für alle Probleme unserer Übergangswirtschaft — und wir brauchen diesen guten Willen und dies Vertrauen umsomehr, als, wie Ihnen gewiss bekannt geworden ist, in den letzten Monaten hier Machenschaften des Berliner Generalstabes ans Licht gekommen sind, die das Ansehen des deutschen Namens aufs schwerste geschädigt haben¹⁾

¹⁾ Es folgen Erörterungen über die Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft in Bern, die hier nebensächlich sind.

Es wird zweifellos Früchte bringen, wenn ich jetzt in zahlreichen persönlichen Begegnungen mit massgebenden Ententeleuten in Zürich, Bern und Genf Vertrauen zum neuen Deutschland zu schaffen suche, und ferner gewissen Hauptbeschwerden des neutralen und feindlichen Auslands gegen unsere weltwirtschaftlichen und diplomatischen Praktiken einmal auf den Grund gehe, damit so, im Verein mit ähnlichen Informationen anderer, den Zentralen unserer auswärtigen Politik Material zur Verfügung steht, auf Grund dessen allmählich neue Traditionen für unsere Diplomatie geschaffen werden können. Die Demokratisierung unseres Auslandsdienstes z. B. würde nicht nur in dessen parlamentarischen Kontrolle, sondern vor allem auch darin zu suchen sein, dass die Gesandtschaften und Konsulate in ganz andern Stile als bisher die Sachkenner aller Volksschichten um sich scharen, und zugleich in einem neuen Geiste leitend auftreten, indem sie z. B. für den wirtschaftlichen Umgang mit dem Ausland einen Ehrenkodex entwickeln helfen, statt das Banditentum in der Handelskonkurrenz obendrein noch zu ermutigen. Ich werde Ihnen einiges recht Charakteristische mitteilen, was ich inbezug auf abstossende und einzig dastehende deutsche Geschäftssusancen gegenüber dem Auslande hier erfahren habe. Geht man jenen ganz übeln Traditionen nicht an die Wurzel, so haben wir bloss wieder Mannesmann- und andere Affären. Bei den Friedensverhandlungen wird man erst in ganzem Umfange erkennen, wieviel die Weltverärgerung über jene Praktiken zu den Vorbehalten Englands betreffend „Freiheit der Meere“ beigetragen hat. Im grossen Publikum sind diese Dinge absolut unbekannt. Auch die anderen hatten ihre skrupellosen Elemente, bei uns aber waren gerade die tonangebenden Kreise skrupellos und fanden nirgends in der öffentlichen Meinung und in der Presse eine kontrollierende Gegenwirkung.

Weiter oben erwähnte ich des ausserordentlichen Misstrauens der Entente inbezug auf Tiefe und Dauer der gegenwärtigen Umwälzung in Deutschland. Dieses Misstrauen richtet sich besonders auf den Ausgang der kommenden Neuwahlen. Die Entente fürchtet, dass dann die unbelehrbaren und noch nicht bekehrten Elemente wieder die alte Tonart reden und die alten Praktiken durchsetzen. Auf der anderen Seite wünscht auch sie nicht, dass die neue Richtung sich mit nur äusserlichen Mitteln, also durch autokratische Herrschaft einer bestimmten Volksgruppe behauptet, wodurch die Erziehung des deutschen Volkes zu wahrer Demokratie verhängnisvoll durchkreuzt werden müsste. Auch biete solche Gewaltherrschaft erst recht keine solide Garantie. Dieses Dilemma ist anscheinend unlösbar. Ich glaube man muss hier unbedingt und ohne Kleingläubigkeit die Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen. Würde sich dann zeigen, dass eine wahrhaft demokratisch zustande gekommene Volksvertretung zunächst noch einen sehr grossen Teil des jetzt scheinbar überwundenen alten Deutschland wieder zur Geltung bringt, so muss man das in Gottesnamen hinnehmen, denn totschiagen oder äusserlich unter-

drücken kann man ja die Leute doch nicht, man muss vielmehr den Glauben haben, dass die Macht unserer geistigen Propaganda im Verein mit der erschütternden Sprache der Konsequenzen des von den „führenden“ Klassen angezettelten und verlängerten Krieges doch allmählich einen so überwältigenden Teil des betrogenen deutschen Volkes auf unsere Seite bringt, dass wir in der Lage sind, alles dasjenige in organischer Entwicklung durchzusetzen, was durch eine blosser Autokratie von unten her doch nur künstlich und nur mit verhängnisvollen Konsequenzen für die jetzt doppelt notwendige innerpolitische Ordnung und Einigkeit gesichert werden könnte. Die Hauptsache würde dann eben sein, dass man im grössten Massstabe an die Aufklärung des deutschen Volkes geht, dessen Bildungsschichten ja in der Tat noch keine Ahnung von den wahren Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung haben.

Eine gewisse Hinausschiebung der Wahlen lässt sich ja ganz offen mit der Notwendigkeit einer solchen Aufklärung begründen und ebenso mit dem Hinweis darauf, dass die bisher führenden Klassen in ihrer Behandlung der weltpolitischen Fragen eine derartige Verblendung gezeigt und Deutschland dadurch an den Rand des Abgrunds gebracht hätten, dass es nur eine berechnete Notwehr des leidenden deutschen Volkes sei, wenn es seine nächste und dringendste Rettungsaktion selbst in die Hand nehme und während derselben keine Mitwirkung der am schwersten kompromittierten Volksgruppen dulde — dabei kann man ja die ausdrückliche und nachdrückliche Zusicherung geben, dass von einem bestimmten Termin an unantastbar demokratisch organisierte Neuwahlen stattfinden würden und dass man sich allen Resultaten derselben ebenso fügen würde, wie man im gegenwärtigen Augenblicke Ordnung und Disziplin verlange.

Mit diesen Bemerkungen wollte ich mich nicht mit meinem Rate aufdrängen — das mit Ententevertretern vielfach erörterte Thema regte mich nur dazu an, die Frage nach einem Auswege aus dem oben bezeichneten Dilemma mit ein paar Bemerkungen zu berühren.

Ist eigentlich Ihre höchst eindrucksvolle Broschüre über Marokko bereits wieder im Buchhandel erschienen? Dieselbe wäre für die oben besprochene Aufklärung besonders wichtig. Könnte ich wohl einige Exemplare sofort hierher erhalten, um sie an massgebende Franzosen, vor allem auch an die Redaktion des „Journal de Genève“ weiterzugeben? Es würde einen höchst günstigen Eindruck in Frankreich machen, dass der Verfasser dieser Broschüre der gegenwärtige Ministerpräsident Bayerns ist.

In den letzten Tagen wurde ich wegen des Aussetzens aller bisher geltenden Vorschriften mehrfach um die Befürwortung von Pässen für die Einreise nach Bayern ersucht. Dem früher genannten Redakteur Horwitz wollte ich solche Befürwortung nicht versagen, da derselbe eine Empfehlung vom Vorstand der hiesigen sozialdemokratischen Partei brachte. Ich bitte jedoch um Instruktion in

Bezug auf diese Frage, da es ja doch sein kann, dass Gründe bestehen, bestimmte Elemente gar nicht oder doch nicht ohne Einvernehmen mit München passieren zu lassen.

In diesem Augenblicke telephonierte mir ein französischer Kollege, der besonders gute Beziehungen zu den leitenden Pariser Blättern hat, ob ich ihm bald einen Pass nach München verschaffen könne. Ich glaube, dass solcher Besuch von grosser Tragweite wäre. Erbitten Sie auch dafür Instruktion.

Zum Schluss möchte ich den Hinweis nicht unterlassen, dass Berlin gut täte, die hier bisher im Exil befindlichen deutschen Demokraten Rösemeier, Grelling, Fernau, die sich grosse Verdienste um das neue Deutschland erworben haben, nicht zu vergessen, sondern sie durch irgend ein Mandat heranzuziehen. Volksvorträge der Genannten in Berlin und München über die Kriegsursachen wären eine gute Vorbereitung für die Neuwahlen.

Ich werde — auch zur Ordnung persönlicher Angelegenheiten — Ende kommender Woche auf drei Tage nach München kommen und mich dann sofort bei Ihnen melden. Darf ich für alle Fälle bitten, der Grenzbehörde Lindau die Anweisung zu geben, meine Frau und mich undurchsucht passieren zu lassen; ich bringe eine Reihe wichtiger Dokumente betreffend die deutsche Kriegführung mit.

In aufrichtigster Hochschätzung bin ich, sehr verehrter Herr Ministerpräsident,

Ihr ganz ergebener

Prof. Fr. W. Foerster.

Nr. 12

George D. Herron in Genf an Eisner und Jaffé

Telegramm Genf, den 17. November 1918; 3⁵⁰ nachm.

Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten Wilson und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass Ihre Regierung vertrauenswürdig ist. Ihre beiden Telegramme mit meinen Begleitworten versehen wurden unverzüglich an den Präsidenten und an die Entente-Regierungen telegraphiert. Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. Drittens unternehmen Sie die ersten Schritte zur Berufung einer bayerischen oder deutschen Kommission,

die die verheerten Gebiete Frankreichs und Belgiens besuchen und Ihrem Ministerium unverzüglich darüber Bericht erstatten sollte. Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.

George D. Herron

Nr. 13

**Der Großsire Dr. Weiss an Großsire Frank Goudy,
Denver, Colorado**

Telegrammentwurf

Ohne Datum

Die deutschen Oddfellows bitten den Großsire der Souveränen Grossloge dringend im Namen des Gesamtordens, bei der amerikanischen Regierung auf eine Milderung der unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen hinzuwirken, besonders in der Frage der Volksernährung und auf Herbeiführung eines gerechten, jede Vergewaltigung ausschliessenden Friedens, damit sich die Völker versöhnt die Hand reichen können zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der Menschheit.¹⁾

Großsire Dr. Weiss

Nr. 14

Der Ministerpräsident an Dr. Weiss

Telegramm

München, den 17. November; 10⁵⁰ vorm.

Anregung durch meine eigenen Schritte bei der Entente überholt, Waffenstillstandsbedingungen bedeutend gemildert und wesentliche Zusicherungen von Lebensmitteln bereits erhalten. Weitere Verhandlungen schweben.

Kurt Eisner

¹⁾ Der bayerische Ministerpräsident wurde gebeten, diese Drahtung auf diplomatischem Wege nach Amerika weiterzugeben. Antwort in Stück 14.

Nr. 15

Der Ministerpräsident an den Gesandten FoersterTelegramm München, den 18. November 1918; 10³⁰ vorm.

Ich bitte Sie folgendes Telegramm über Bundesrat Bern der Entente zu übermitteln:

Wir bitten einer bayerischen Kommission zu gestatten, dass sie die in Belgien und in Nordfrankreich durch die Okkupation deutscher Truppen verursachten Zerstörungen feststellt.¹⁾

Kurt Eisner

Nr. 16

Die Gesandtschaft in Bern an das Ministerium des ÄusserenTelegramm Bern, den 18. November 1918; 12³⁰ vorm.

Längere Besprechungen mit verschiedenen Ententevertretern haben mir heute zur Gewissheit gemacht, dass es zur gegenwärtigen Stunde keine grössere Gefahr für den Fortgang der Nahrungsmittelzufuhr und für die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen gibt, als die in Ententekreisen beginnende Befürchtung, dass in den neuen deutschen Regierungen bolschewistische Einflüsse die Oberhand gewinnen könnten oder bereits gewonnen haben. Manche Presseberichte aus Deutschland steigern diese Befürchtung; auch ist die Entente in den Besitz von Briefen deutscher Sozialisten gekommen, die eine Propaganda fide zur Revolutionierung der Arbeiterbewegung in den Ententestaaten enthielten. Obwohl die massgebende Entente vorläufig aus solchen Vorkommnissen noch keine weitergehenden Schlüsse zieht, sondern die ihnen bekannte Tatsache berücksichtigen will, dass russische Gelder und russische Stimmen zweifellos auf manche Elemente in Deutschland nicht ohne Einfluss bleiben konnten, so ist doch zu beachten, dass es in der Entente Hetzer gibt, die für eine militärische Besetzung ganz Deutschlands Propaganda fide machen, um so die bolschewistische Welle abzdämmen.

Es wäre darum nichts wichtiger, als dass jetzt in Deutschland machthabende Kreise allen Anlass benutzen, um gerade durch den Mund ihrer radikalsten Wortführer deutlich zu erklären, dass man bei allem Radikalismus der sozialen Programme doch absolut nicht geneigt sei, den chaotischen Osten als Lehrmeister für deutsche Entwicklung anzuerkennen.

¹⁾ Siehe Nr. 12.

Ich bin hier mit Erfolg tätig, die Entente zu überzeugen, dass sie den Bolschewismus — worunter sie lediglich die Anarchie und Gewaltmethode der sozialen Regenerationen versteht — am besten dadurch vorbeugen könne, indem sie die Frist der Demobilisierung verlängere, sich unmittelbar an der Verpflegung unserer Fronttruppen beteilige und vor allem die Drohung fallen lasse, dass die jenseits der bisherigen Frist noch anzutreffenden deutschen Truppen interniert werden würden, was entschieden an der Panik schuld ist, die gerade unsere Etappen ergriffen hat.

Wie ist es nur möglich, dass der deutsche Militär-Attaché in Bern, Major von Bismarck, immer noch nicht abberufen ist. Dass dieser Bandit noch hier weilen darf, anstatt telegraphisch auf den Weg gebracht zu werden, macht hier den ungünstigsten Eindruck, da man weiss, dass er hier mit den schlimmsten Mitteln das bolschewistische Element unterstützt hat, als Sprengstoff gegenüber den Entente-Regierungen. Nicht nur seine schleunigste Abberufung, sondern auch diejenige seiner etwa 400 Helfershelfer ist dringend nötig, um Vertrauen zu schaffen.

Foerster. von Böhm

Nr. 17

Der Gesandte in Bern an das Ministerium des Äussern

Telegramm Bern, den 19. November 1918; 3⁰⁰ nachm.

Ich bitte von allen Proklamationen und offiziellen Erklärungen der neuen Regierung umgehend und fortlaufend eine grössere Anzahl von Exemplaren der Gesandtschaft zuzustellen zum Zwecke der im gegenwärtigen Augenblicke besonders wichtigen Aufklärung über die Absichten der deutschen Regierung.

Foerster

Nr. 18

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Dringendes Telegramm Bern, den 19. November 1918; 3²³ nachm.

Nach Einvernehmen mit massgebendsten Stellen bitte mir Antrag zur Weiterleitung geben: Alliierten-Kommission möge nach Bayern kommen, um sich persönlichen Eindruck vom neuen Geiste und von Nahrungsverhältnissen zu verschaffen. Gewährung wahrscheinlich und folgenreich.

Foerster

Nr. 19

Der Ministerpräsident an den Gesandten in BernTelegramm München, den 19. November 1918; 11⁰⁰ nachm.

Bitte bei Alliierten anregen, dass sie eine Kommission entsende, um sich persönlich vom neuen Geiste zu überzeugen.

Kurt Eisner

Nr. 20

Der Gesandte in Berlin Dr. Muckle an den Ministerpräsidenten

Berlin, den 19. November 1918

Sehr verehrter Herr Eisner!

Gestern abend, am 18. November, hatte ich eine lange Unterredung mit Maximilian Harden, der sich in einer verzweifelten Stimmung befindet. Harden stimmt mir in der Beurteilung der politischen Lage vollkommen zu, und da ich nicht als Privatmann vor Harden stand, so erklärte er, durch mich erst habe er wieder einen Lichtblick gewonnen. Er bedaure sehr, mich nicht früher gesprochen zu haben, viele Qualen wären ihm erspart geblieben.

Harden und ich beurteilen die politische Lage folgendermassen:

1. Die herrschenden Regierungsmänner sind unfähig, die grossen Aufgaben zu lösen, die in diesem Augenblick das niedergeworfene, von Kräften des Aufruhrs durchzuckte Deutschland bedrängen. Harden bekräftigt mein Urteil: es handelt sich um Klein- und Spiessbürger oder doch um Menschen ohne Leidenschaft und Schwung, denen die Revolution kein heiliges Erbe ist, das es zu mehren gilt, sondern irgend ein politischer Vorgang, den man hinnimmt, wie einen Punkt der Tagesordnung einer Parlamentssitzung. Während in Bayern förmlich lebensdurstige Kräfte aufquellen, ein Drang zur Höhe die Massen belebt und ein feierlicher Ernst das gewaltige Ereignis weiht, herrscht in Berlin Verdrossenheit, eine bange Schwüle. Man hat den Eindruck, als ob das Ideal des Sozialismus die Regierungsmänner kalt liesse, das Wort Sozialismus, mag es auch in eine ferne Zukunft weisen, verpönt wäre. So ist die Folge, dass die den Kreisen der Reaktion angehörenden denkenden Geister die Bewegung belächeln, als einen Vorgang ohne fortwirkende Kraft betrachten. Ebert mag ein aufrichtiger, pflichteifriger Mensch sein: jeder weite Blick, jede Selbständigkeit in der Beurteilung der Lage, der politische Instinkt, der das erst werdende wittert, geht ihm ab.

Erzberger, den ich gestern sprach, hat man richtig als den süddeutschen Scheidemann bezeichnet. Auch ich habe den Eindruck bekommen, dass er bei allem Fleiss seiner Aufgabe nicht von ferne gewachsen ist. Er ist ein Kleinbürger ohne tiefere Bildung, ein Emporkömmling, dessen wichtigste Sorge war, zu fragen, ob ich mich mit Exzellenz anreden lasse. Und Männer solchen Schlages sollen dazu berufen sein, ein Volk, das in einem Abgrund stöhnt, wieder ans Licht zu führen. Harden ist verzweifelt, ich selbst aber komme aus dem Staunen nicht heraus, dass derartiges überhaupt möglich ist.

2. Die Reaktion ist im Anzug: Die proletarischen Gruppen bekämpfen sich in leidenschaftlichster Weise, während auf der anderen Seite eine ganze Reihe der schlimmsten Vertreter des alten Systems wichtige Positionen innehaben (Auswärtiges Amt, Auslandsvertretung u. a.). Die Offiziere, deren Geist sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen gewandelt, wagen sich wieder keck hervor, im Reichskanzlergebäude — ein typischer Fall, den ich selbst erlebt — schreit ein Regierungsrat mit junkerlicher Stimme, dass die Halle erdröhnt, im Osten bemächtigen sich hohe Offiziere der Soldatenräte.

3. Die Gefährdung durch Liebknecht ist gross: Harden wie ich geben Liebknecht recht, wenn er betont, dass die Revolution eine Halbheit, ja weniger als dies ist, und dass es ein Leichtes sein wird, sie abzuwürgen. Liebknechts Hass richtet sich wohl auch gegen die Vertreter des alten Systems, vor allem aber, wie er sich ausdrücken könnte, gegen die Verräter unter den Sozialisten. Aber wenn Liebknecht die Diktatur des Proletariats preist und den Terror heilig spricht, so birgt eine solche Agitation ungeheure Gefahren. Sollte es Liebknecht gelingen, mit seinem Geiste grössere Arbeitermassen zu entflammen — und mit dieser Möglichkeit muss gerechnet werden — so ist nicht nur nicht an Friedensschluss zu denken, sondern es muss selbst damit gerechnet werden, dass die Entente mit eherner Hand Ordnung schafft. Was das bedeutet, brauche ich nicht auszumalen.

Süddeutschland, insbesondere Bayern, müssen unbedingt zu den Berliner Vorgängen Stellung nehmen. Siegt die Reaktion — und die heutige Regierung ist alles andere wie ein Wall gegen sie — dann werden selbstverständlich die Ergebnisse der Revolution des Südens in Frage gestellt. Schafft die Entente Ordnung, so sinken wir in die tiefste Tiefe der Erniedrigung. Wir Süddeutschen allein bilden einen festen Mittelpunkt in diesem Wirbel, der uns hier umbrandet. Wir verfügen über Machtmittel, die vielleicht stark genug sein könnten, die Klärung und Festigung herbeizuführen.

Um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes zu beleben, müssen wir verlangen (das ist auch Hardens Meinung)

- a) sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, Verhaftung der Schuldigen, Einführung eines Staatsgerichtshofes. Damit würde man Liebknecht zu einem gutem Teil das Wasser abgraben.

- b) Es sollte versucht werden, die Regierung sofort von den unfähigen Elementen zu säubern. Eine Regierung muss gebildet werden, die aus überzeugten, starken, hochgebildeten Männern sich zusammensetzt, die auch vor den Augen der Feinde bestehen können, und es ist sehr zu erwägen, ob nicht Liebknecht aufzunehmen wäre, um ihn, der gefährlich ist wie ein Sprengstoff, zu versöhnen.

Sollte die Reichsregierung unseren ernstesten Vorstellungen kein Gehör schenken, so müssten wir den Abfall des Südens wenigstens androhen. Preussen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir uns herauszuarbeiten suchen, hinabdrücken.

Die Lage ist sehr ernst. Der Hamburger Soldatenrat verlangt die Verlegung des Reichsmarineamtes nach Hamburg, in Sachsen macht sich ein gefährlicher Radikalismus geltend, kurz, während im Süden Ordnung herrscht, grollen im Norden dämonische Kräfte, die irgendwie gebändigt werden müssen. Vielleicht ist es gut, wenn Sie den Ministerrat einberufen, auf dass ich mit Vollmachten ausgestattet werden kann. Es muss sofort gehandelt werden.

Harden ist weitaus der bedeutendste der Politiker, den ich bisher gesprochen habe. Eine gewisse Leidenschaft ist ihm nicht abzusprechen, an Bildung überragt er die anderen unendlich. Heute Abend wird er sich bei mir einstellen. Ich glaube, dass Harden als Delegierter bei den Friedensverhandlungen schon seines Ansehens wegen, das er auf Seiten der Entente genießt, Grosses leisten könnte. Wie stellt sich die Bayerische Regierung zu einer Entsendung Hardens?

Ich erfahre soeben, dass der Vollzugsausschuss der Berliner Soldatenräte für Hinausschiebung der Einberufung der konstituierenden Versammlung ist.

Der Gesandte

Fr. Muckle

Nr. 21

Das Schweizer Komitee zur Vorbereitung des Völkerbundes an die bayerische Volksregierung

Telegramm Basel, den 20. November 1918; 11⁴⁰ nachm.

Wichtigste Gründe, vor allem Wilsons Europareise, erfordern (in) deutschem Interesse dringend Bildung verhandlungsfähiger Regierung spätestens Mitte Dezember. Empfehlen ausnahmsweise Zulässigkeit Ausübung Wahlrechts am Aufenthaltsort auf Grund Geburtsschein oder Militärpass, welche zur Vermeidung Doppelwahl vom Wahlbüro

abgestempelt werden. Hierdurch Wählerlisten überflüssig. Aufstellung Kandidatenliste vornehmen Parteileitungen endgültig spätestens Wahltag. Parteiinteresse gewährleistet Erfüllung lokaler Wünsche. Wahlzettel enthält statt Namen Ordnungsnummer der Parteiliste. Anerbieten detaillierten Vorschlag.

Schweizer Komitee Vorbereitung Völkerbundes Bern

Nr. 22

**Der Ministerpräsident an die bayerische Gesandtschaft
in Berlin**

Telegramm München, den 21. November 1918; 4⁸⁰ nachm.

Ersuche sofort namens bayerischer Regierung bei Reichsregierung Schritte zu tun, dass Urkunden über Ursprung Kriegs umgehend veröffentlicht werden. ¹⁾ Das ist das einzige Mittel, um zu erreichen, dass Friedensverhandlungen im Gefühl gegenseitigen Vertrauens geführt werden. Bitte bei Waffenstillstandskommission sich zu beteiligen, am besten Dr. Muckle persönlich. Wenn dauernd nicht möglich, von Schoen abordnen und dann Dr. Muckle zeitweise beiwohnen.

Äusseres Ministerium

Kurt Eisner

Nr. 23

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Bern, den 21. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Montag abend werde ich mit Herrn Dr. Muehlon in München eintreffen, möchte jedoch nicht unterlassen, einige besonders wichtige Angelegenheiten schon vorher darzulegen oder andeutend zu besprechen.

Zunächst kann ich mitteilen, dass ich vorgestern vom Bundespräsidenten anerkannt worden bin. Schon vorher hat der Bundespräsident alle ihm von mir übermittelten Bitten der bayerischen Regierung umgehend an die Entente weitergeleitet. Wegen der Vielköpfigkeit der Adressaten ist natürlich eine schnelle Antwort nicht

¹⁾ Vgl. Nr. 20.

zu erwarten. Das zuletzt mir telegraphierte Ersuchen betreffend Germersheim¹⁾ habe ich besonders dringend gemacht, da dasselbe ja auch mit dem schweizerischen Grenzschutz zusammenhängt.

Ich bin übrigens auf Grund des mir von der Entente entgegengebrachten Vertrauens in der Lage, schon jetzt direkt mit den fremden Gesandtschaften zu verkehren; gestern abend war ich bei dem italienischen Gesandten und habe ihm besonders ans Herz gelegt, es möge dafür gesorgt werden, dass bald Südfrüchte nach Bayern kommen. Soeben höre ich, dass der Gesandte die betreffende Anregung mit besonderem Nachdruck weitergegeben und die Aussicht auf baldige Berücksichtigung gemacht hat. Es herrscht überall auf jener Seite jetzt guter Wille, uns zu helfen, ganz besonders zu Bayern hat man Vertrauen; es fehlt aber noch an Organisation der Hilfeleistung. Diese kann meines Erachtens nur dann gefördert werden, wenn ein bis zwei Sachverständige aus Bayern baldigst hierher kommen und den Vertretern der fremden Mächte hier ganz konkret Bayerns Bedürfnisse und Wünsche darlegen. Diese Aktion sollte unabhängig von der erbetenen Entente-Kommission, deren Aufgabe wohl mehr Information sein wird, sofort erfolgen. Ich habe alles hier so vorbereitet, dass die betreffenden Herren in meiner Abwesenheit sich hier im Bernerhof an Kommerzialrat Meinel wenden können, der alles andere vermittelt, d. h. die Herren sofort mit der Entente in Verbindung setzen wird.

Die Lage scheint mir so zu sein, dass die Bauern ja noch genug haben, aber weniger wie je hergeben, weil die militärischen Zwangsmittel an Kraft verloren haben. Da bleibt eben doch nur das Mittel, daß man bald eine feste Zusage von der Entente bekommt, worauf man dann in der Presse auf das Kommen des Ententegetreides hinweisen müsste. Die Bauern werden dann, wenn sie den Weltmarktpreis bekommen, in den Überschusszentren sehr gerne hergeben. Der Staat müsste dann auf offenem Markte kaufen und die Differenz zwischen dem jetzigen Preise und dem Weltmarktpreis durch Anleihe decken. Wir haben zuviel Zwangswirtschaft getrieben, man muss mehr mit der Bauernnatur rechnen, besonders in der jetzigen Krise. Das beifolgende Exposé des Herrn Kommerzialrat Meinel aus Wien, Sachverständigen der Wiener Regierung, begründet die hier ange deuteten Notwendigkeiten eingehender.²⁾

Betreffend die Gerüchte über Unterstützung des Bolschewismus durch die leitenden sozialistischen Kreise möchte ich bemerken, dass meine Haupttätigkeit hier darin bestanden hat, das ungeheure und

¹⁾ Dringendes Telegramm des Ministerpräsidenten vom 20. November 1918; 10⁰⁰ nachm: „Ersuchen dringendst, bei Entente zu vermitteln, dass das grosse Russenlager in Germersheim unter der Bewachung der deutschen Soldaten bleibt, bis es den Franzosen übergeben werden kann. Sonst schwerste Unordnungen befürchtet.“

²⁾ Das Gutachten behandelt die angedeuteten wirtschaftlichen Fragen.

täglich neue Nahrung ziehende Misstrauen gegen das neue Deutschland zu zerstreuen. Natürlich konnte ich das Gerücht widerlegen, dass die bayerische Regierung oder die jetzige Reichsleitung irgendwelche Agitation in jener Richtung treibe. Ich habe den Herrn Bundespräsidenten gebeten, mir, wenn irgend möglich, von der Entente Beweise zu verschaffen. Er scheint das für recht schwierig zu halten, da die Entente ihre Gewährsmänner natürlich nicht gerne ins Licht setzt. Heute kam jedoch ein Mitglied der französischen Botschaft zu mir und nannte mir die Namen folgender deutscher Sozialisten, die am 14. in La Chauv-de-Fonds mit französischen Sozialisten zusammengekommen seien: Sassenbach, Huber, Achille Graber?, Bauer, Gewerkschaftsvorsitzender aus Frankfurt. Nun ist es möglich, dass die Betreffenden keine Bolschewisten, sondern sogar Mitglieder der Mehrheitssozialisten sind, die auf eigene Hand oder im Auftrage lokaler Zentren versuchen wollten, die französischen Sozialisten gegen die Waffenstillstandsbedingungen der Entente mobil zu machen, ohne deshalb gleich Revolution in Frankreich anzufachen zu wollen. Gleichwohl würde auch ein solcher Versuch ein Beweis jener Illoyalität sein, die man den bisherigen deutschen Regierungen vorwirft: Man verhandelt offiziell mit den bestehenden Regierungen und treibt hintenherum noch eine Politik der Aussaat von Zwietracht in den Reihen der Gegner.

Ich habe übrigens all jenen Gerüchten gegenüber hervorgehoben, dass die deutschen Regierungen natürlich nicht für Machenschaften verantwortlich seien, die von kleinen Gruppen extremer Elemente ausgingen, wie sie in allen Ländern vorhanden seien. Bei all diesen Bemühungen habe ich immer wieder gesehen, wie sehr jetzt alles darauf ankommt, dass alles vermieden wird, was jenem Misstrauen neue Nahrung gibt. Deutschlands Leben hängt an einem Faden! Unbegreiflich war es von diesem Standpunkte aus, dass Scheidemann neulich den Vertreter der von deutschem Gelde bezahlten antienglischen Propagandazeitung „Continental Times“ als geeignet befand, über den englischen Hungerkrieg — der doch durch unser Minenlegen und unsere U-Boote provoziert war — zu schelten und das in dem gleichen Augenblick, in dem in der englischen öffentlichen Meinung die Ansicht durchdringt, dass Deutschland geholfen werden müsse!

Im Anschluss an diese Feststellung ist auch ein Wort über die ganz verzweifelte Situation der deutschen Gesamtvertretung in Bern zu sagen. Ist es nicht ein gänzlich unhaltbarer Zustand, dass jetzt in diesem Mittelpunkt internationaler Beratung und Verständigung das grosse Deutsche Reich einen Gesandten hat, der von einer leitenden Zeitung des Landes als „moralisch nicht existierend“ bezeichnet wird und der jedenfalls als Vertreter des alten Systems völlig isoliert dasteht. Herr von Romberg ist persönlich ein Ehrenmann, es sind aber unter seiner Leitung Dinge passiert, für die er nun doch einmal als der oberste Vertreter Deutschlands am hiesigen Orte verantwortlich gemacht wird. Jeder neue Tag bringt mir neue Beweise dafür,

dass die Entente diesen Zustand der deutschen Vertretung als ein Zeichen dafür betrachtet, dass in Berlin noch nicht verstanden wird, was die Stunde geschlagen hat. Es rächt sich jetzt aufs Schwerste die frühere Verbindung der deutschen Regierung mit dem Bolschewismus: Auch massgebende schweizerische Kreise haben den Verdacht, dass noch jetzt gewisse Gruppen des Personals der deutschen Gesandtschaft die unterminierende Bombenpolitik des Militärattachés von Bismarck fortsetzen. Schleunigste Beendigung dieses Zustandes ist zu wünschen . . .¹⁾

Für Bayerns neue Regierung treffe ich überall die aufrichtigste Sympathie; auch gestern abend beim italienischen Gesandten; Berlin hingegen gilt als undurchdringliches Geheimnis. Man fürchtet von dorthier eine „imperialistische Republik“. Ich habe das wachsende Vertrauen zu Bayern benutzt, um den beifolgenden Kommentar zu Ihrem Ersuchen um Sendung einer Kommission in die Hände der hiesigen Entente-Vertreter zu bringen.²⁾ Vertrauliche Behandlung ist schon deshalb gesichert, weil die Herren offiziell noch keinen direkten Verkehr mit mir haben dürfen. Ich glaubte mit jenem Kommentar im Sinne Ihrer Worte zu handeln, „die besondere Form der bayerischen Revolution in ihrem moralischen Einflusse geltend zu machen“. Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit grösstem Misstrauen betrachtet, ohne den dortigen Schwierigkeiten gerecht werden zu können, die Perspektive zu eröffnen, dass Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen werde.

Einen ganz ausgezeichneten Eindruck hat das kürzlich in den M. N. N. veröffentlichte Programm der bayerischen Regierung überall gemacht. Was das schwer bedrückte deutsche Volk jetzt fast noch mehr braucht als materielle Nahrung, das sind solche erhebende Perspektiven. Ich habe hier viele Anträge bekommen, mich interviewen zu lassen, wollte mich aber über prinzipielle Probleme und politische Absichten nicht ohne enge Einvernahme mit der bayerischen Regierung aussprechen.

In ausgezeichnetener Hochachtung

Ihr ergebenster Fr. W. Foerster

1) Es folgen Mitteilungen über organisatorische und geschäftliche Angelegenheiten der Gesandtschaft, hier ohne Bedeutung.

2) Der Kommentar besagt, eine solche Kommission würde sich von der bedrohlichen Ernährungslage der untern und mittleren Schichten überzeugen können, aber auch davon, dass das neue Regiment in Bayern auf moralischer Basis beruhe, und dass sein Geist geeignet sei, dasjenige politische und soziale Programm durchzusetzen, mit dem allein Deutschland wieder aufgebaut und die Welt vor der Gefahr des Bolschewismus bewahrt werden könne. Durch unmittelbare Augenscheinnahme würden die Alliierten Vertrauen fassen und andererseits würde durch solche Beihilfe das Ansehen der bayerischen Regierung nicht nur im Lande, sondern auch im deutschen Norden gestärkt.

Nr. 24

Der Gesandte in Bern an den MinisterpräsidentenTelegramm Bern, den 22. November 1918; 8⁵⁰ nachm.

Mit Bezug auf ankommenden Bericht möchte ausdrücklich hervorheben, dass meine provisorische und sozusagen inoffizielle Anerkennung durch die Bundesbehörde nicht mit der eigentlichen Akkreditierung identisch ist.

Foerster

Nr. 25

Der Ministerpräsident an den Gesandten in BernTelegramm München, den 22. November 1918; 9⁰⁰ vorm.

Der Bayerische Ministerpräsident empfing eine Abordnung von 15 Franzosen aus dem Gefangenenlager Puchheim. Er hielt eine Ansprache an sie, in der er seiner alten Bewunderung für Frankreich Ausdruck verlieh und die Gefangenen bat, bei ihrer Wiederkehr in der Heimat zu wirken, dass ein Zustand des Vertrauens und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern für immer geschaffen würde. Er versprach Sorge zu tragen, dass die Gefangenen möglichst rasch und sicher abtransportiert werden. Ein Sprecher der Gefangenen versicherte dem Ministerpräsidenten, dass sie in seinem Sinne wirken wollten. Die Deputation war auf Ersuchen des Ministerpräsidenten erschienen. — Dass ich in Sachen Bolschewismus und sonst ganz ihrer Meinung bin, ist Ihnen bekannt. Ich habe im November 1917 schon in einer öffentlichen Versammlung gegen den Bolschewismus Stellung genommen und seitdem auch in der russischen Presse selbst ihn bekämpft. Die Berliner Regierung scheint mir ganz unmöglich. Ich werde persönlich versuchen, dort umgestaltend zu wirken. — Redakteur Horwitz, der ein Wirtkopf ist, hat hier einigen Leuten den Kopf verdreht.

Kurt Eisner

Nr. 26

**Amtliche Mitteilungen aus bayerischen diplomatischen
Aktenstücken in der Korrespondenz Hoffmann am
23. November 1918**

(Siehe oben Seite 3 ff.)

IV

Nach der Enthüllung

Nr. 1

**Erklärung früherer bayerischer Minister
vom 25. November**

Amtliche Pressemitteilung

Im Ministerrat des Volksstaates Bayern lag heute folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister von Thelemann, von Breunig und von Knilling vor:

„Wir erklären hiermit, dass wir von dem gestern durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhielten oder hatten.“

Dieser Erklärung hat sich auch der frühere Verkehrsminister von Seidlein angeschlossen. Der Ministerrat hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Nr. 2

Halbamtliche Mitteilung des Auswärtigen Amtes

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 600

25. November 1918

Die amtliche Korrespondenz der bayerischen Republik veröffentlichte gestern Auszüge aus den Gesandtschaftsberichten, die der ehemalige Bevollmächtigte Bayerns beim Bundesrat, Graf Lerchenfeld, von Berlin aus in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges an seine Regierung gesandt hat. Die Veröffentlichung entspringt der Absicht der jetzigen bayerischen Regierung, über die Vorfälle, die zum Kriege führten, und über die persönliche Schuldfrage dem deutschen Volke rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. In diesem ernstesten Willen wird sie nicht nur von allen Schichten des Volkes selbst, sondern auch von der jetzigen Reichsregierung unterstützt, die unseres Wissens ebenfalls mit einer zweifelfreien dokumentarischen Geschichte der Entstehung des Krieges aus den Akten des Auswärtigen Amtes beschäftigt ist.

4*

Bei dieser Sachlage muss es fraglich erscheinen, ob eine bruchstückweise Veröffentlichung von Dokumenten der Absicht, einer vollen Aufklärung zu dienen, geeignet ist. So wenig der neue Kurs in Deutschland Anlass hat, irgend etwas zu vertuschen oder Schuldige zu decken, so wenig kann er seine Aufgabe darin erblicken, einseitige Anklagen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen und unter Freisprechung der imperialistischen Entente politik das geschichtliche Urteil vorzeitig dahin festzulegen, dass Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage.

Aus den Berichten des Grafen Lerchenfeld scheint nun das eine deutlich hervorzutreten, dass die deutsche Regierung, entgegen ihren Behauptungen, die österreichisch-ungarische Note an Serbien zwar nicht wörtlich, wohl aber inhaltlich bereits am 18. Juli 1914, also eine Woche vor ihrer Überreichung in Belgrad, gekannt hat, und dass sie wusste, dass „Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen“ konnte. Aus seinen Unterhaltungen mit dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn Zimmermann, hatte Graf Lerchenfeld den Eindruck, dass die deutsche Regierung entschlossen war, Österreich-Ungarn zu einer Auseinandersetzung mit Serbien zu ermutigen und ihm dabei selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin Blankovollmacht zu geben, weil sie überzeugt war, dass die fortschreitende Zersetzung der Nationalitäten im Habsburgischen Reiche dieses bald aktionsunfähig machen würde.

Im übrigen bezieht sich der Inhalt der Lerchenfeldschen Berichte auf die Meinungen und Spekulationen, von denen die deutschen führenden Staatsmänner (genannt ist nur Herr Zimmermann) in bezug auf den Verlauf der Krise und die vermutliche Haltung der Entente beherrscht wurden. Es scheint daraus hervorzugehen, dass man in Berlin verhängnisvollerweise annahm, der gutartige Verlauf der bosnischen Krise von 1908 werde sich wiederholen und Österreich-Ungarn mit dem gestärkten politischen Ansehen, dessen es bedurfte, daraus hervorgehen.

Die Veröffentlichung der Münchener Regierung, die wir aus dem oben angegebenen sachlichen Grunde bedauern, hat naturgemäß dort das grösste Aufsehen erregt, wo man die relative Bedeutung dieser bruchstückhaften Wahrheiten nicht erkennen kann oder nicht erkennen will. Es kann auch nicht ausbleiben, dass das feindliche Ausland und parteiische neutrale Stimmen sich des gebotenen Stoffes bemächtigen, um in der Schuldfrage ein endgültiges Urteil zu Lasten Deutschlands zu sprechen. Im Namen der Wahrheit legen wir dagegen Verwahrung ein. Es soll rücksichtslos volle Klarheit geschaffen werden. Nachdem die Veröffentlichung aus russischen Archiven durch die revolutionäre Regierung die Schuld der zaristischen Regierung klar erwiesen hat, ist die neue deutsche Regierung bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld trifft. Das ganze Gleichgewicht der historischen

Wahrheit jedoch wird erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Archive durch das französische und englische Volk geöffnet sein werden. Um aber zu verhüten, dass unzulängliche Enthüllungen in diesen Prozess der historischen Gerechtigkeit störend eingreifen, möchten wir hoffen, dass die zusammenfassende Darstellung der Ursachen des Weltkrieges durch die deutsche Regierung tunlichst beschleunigt werde.

Nr. 3

Amtliche Mitteilung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 600

25. November 1918

Die bayerische Gesandtschaft teilt hierdurch mit, dass der erste der gestern veröffentlichten bayerischen Gesandtschaftsberichte nicht vom Grafen Lerchenfeld, sondern von Dr. Hans von Schoen abgefasst ist.

Nr. 4

Entgegnung Bethmann Hollwegs

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 603

27. November 1918

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärt einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung folgendes:

Ich bin dankbar, dass Sie mir Gelegenheit geben, mich zu den bayerischen Veröffentlichungen über den Ursprung des Krieges zu äussern. Ich habe ein mindestens ebenso grosses Interesse daran, die Wahrheit festzustellen, wie die bayerische Regierung. Mir scheint aber, dass, wenn man der Wahrheit dienen will, man nicht Bruchstücke herausgreifen und aus Ihnen Gesamtfolgerungen ziehen darf, wie es, soweit ich sehe, ein Teil der Presse schon tut.

Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation, noch die Vorgänge, welche sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben.

Lassen Sie mich die entscheidenden Linien bezeichnen, soweit das in einem kurzen Gespräch und ohne die Zuhilfenahme von Aktenmaterial möglich ist.

Es ist vollkommen richtig, dass wir Österreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Serajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, dass wir uns auch zur Erfüllung unserer Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten¹⁾. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch den Hinweis auf die Nordlandsreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, wir seien durch die Aktion Österreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist, jedenfalls soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum auch, nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten, und unsere Politik hat dieser meiner Ansicht im Verlauf der Dinge vollkommen Rechnung getragen. Doch davon hernach. Zunächst über die Gründe unserer Stellung zu dem Vorgehen Österreichs gegen Serbien.

Wie lag die politische Gesamtsituation? Heute wird wohl niemand mehr bestreiten wollen, dass die grosse Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsass-Lothringens, diejenige Russlands, mit besonderer Schärfe seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Russland betrieb gleichzeitig in Verfolgung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens eine systematische Aushöhlung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten, und beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Dass diese Situation für Deutschland lebensgefährlich war und immer lebensgefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden serbischen Umtriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand. Man muss sich dabei daran erinnern, dass das grosse Programm des Präsidenten Wilson über den versöhnenden Völkerbund, das ja auch heute noch auf seine Verwirklichung wartet, jedenfalls damals noch keinerlei Geltung hatte, dass nationale Selbstbeschränkung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens durchaus noch nicht als allgemeines Gebot internationaler Moral angesehen wurde, dass vielmehr vielen ungehemmter Machtwille als nationale Tugend und der Krieg als loyales Mittel zu seiner Betätigung galt. Ich meine, der russisch-japanische Krieg, der Burenkrieg, der italienisch-tripolitanische Krieg sind dafür klassische Beweise. Mit diesem Zustand musste Deutschland rechnen, wenn es die Bedeutung der serbischen Machenschaften gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte. Und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 15 u. 26.

Serbien zustimmte. Duldete Österreich-Ungarn tatenlos seine weitere Unterminierung, so musste Deutschland einem Zustand entgegensehen, wo es, sozusagen bündnislos, der auf die russische Allianz und die englische Freundschaft gestützten Revanchepolitik Frankreichs allein gegenüberstand.

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Ich darf die entscheidenden Momente kurz rekapitulieren.

Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Russland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzten unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, dass England zu diesem Zweck zuerst eine Konferenz vorschlug, sich dann aber ausdrücklich unserem Vorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg anschloss. Sie erinnern sich weiterhin, dass wir das Wiener Kabinett energisch aufforderten, die zwischen ihm und dem Petersburger Kabinett entstandenen Missverständnisse zu beseitigen, und ihm in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gaben, wie wir zwar bereit seien, unsere Bundespflichten zu erfüllen, es aber ablehnen müssten, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.¹⁾ Glauben Sie, dass man seinem Bundesgenossen, seinem einzigen Bundesgenossen gegenüber eine solche Sprache führt, gleichzeitig aber den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausfechten kann? Sie erinnern sich endlich, wie infolge unserer Bemühungen die Konversation zwischen Wien und Petersburg in Fluss kam, als Russland plötzlich und entgegen den uns ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte. Dass diese Generalmobilmachung der Krieg war, der von einer allmächtigen Partei Russlands gewollte Krieg — nun ich meine, daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr einen Zweifel haben. Das sind Tatsachen, die durch nichts aus der Welt geschafft werden können. Uns die Schuld am Kriege aufbürden, heisst Gegner für schuldlos erklären, die jahrzehntelang vereint Pläne betrieben, die sie nur bei kriegerischer Explosion verwirklichen konnten, es uns aber verwehren, uns dagegen aufzulehnen. Das ist nicht Recht, das ist Unrecht.

Der ehemalige Kanzler erörtert sodann noch die Frage, wie es kam, dass trotz dieser Tatsachen, über die er wiederholt im Reichstage gesprochen habe, die Schuld Deutschlands

¹⁾ Vgl.: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 395, 396 u. 441.

zur Überzeugung fast der ganzen Welt geworden sei. Er weist hin auf die staunenswerte Propaganda, mit der die Gegner es verstanden, Deutschland durch Mischung von Wahrem und Falschem im Misskredit zu bringen, sich aber als die selbstlosen Verfechter aller grossen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen.

Bethmann bekennt sich wieder zu seinem Worte vom 4. August 1914 über Belgien, betont die Bedeutung der elsass-lothringischen Angelegenheit für das Urteil der Welt und meint, dass Deutschland durch Mängel seiner Politik und durch „Sünden seines allgemeinen Gebarens“, durch provokatorische Worte und „alldeutsche Treibereien“ zu der Hochspannung beigetragen habe, aus der schliesslich der Krieg entstanden sei.

Nr. 5

Entgegnung des Staatssekretärs a. D. Dr. Zimmermann

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 607

29. November 1918

Der frühere deutsche Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Zimmermann äussert sich zu einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt:

Wir sind in der Tat der Ansicht gewesen, dass mit der Bluttat von Serajewo für Österreich-Ungarn die Schicksalsstunde geschlagen hatte. Seine innere Lage hatte sich im Laufe der Jahre derartig verschlechtert, dass die Nachbarn im Süden und Osten bereits die Möglichkeit des völligen Zerfalls der Donaumonarchie ins Auge fassten und unverhüllt Gebietsansprüche erörterten. Die während des Krieges bekannt gewordenen serbischen Urkunden beweisen, dass Russland schon seit Jahren der serbischen Regierung den Erwerb österreichischer und ungarischer Gebietsteile zugesichert hatte. Österreich-Ungarn war durch die panslawistischen Treibereien in seiner Grossmachtstellung aufs äusserte gefährdet. Dass Deutschland gegenüber dieser Gefahr, die dem mitteleuropäischen Bunde drohte, nicht gleichgültig bleiben konnte, lag auf der Hand; das europäische Gleichgewicht hatte sich bekanntlich längst schon zu unseren Ungunsten verschoben, da wir mit einer aus drei mächtigen Staaten zusammengeschlossenen Gruppe zu rechnen hatten, die auf die Zurückdrängung des deutschen Einflusses aus war.

Dass Österreich-Ungarn sich gegen die grossserbischen Mächtschaften, die zur Bluttat in Serajewo geführt hatten, zur Wehr setzte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern lag auch im Interesse einer Gesundung der Verhältnisse in Europa. Dies und insbesondere die Niederhaltung der grossserbischen Propaganda suchte Österreich-Ungarn zu erreichen durch eine Neuordnung der Machtverhältnisse auf dem Balkan, die es durch Heranziehung Bulgariens an den Dreibund an Stelle des unsicher gewordenen Rumäniens herbeizuführen gedachte. Diese Gedanken und Ziele waren erörtert in einem Handschreiben Kaiser Franz Josephs ¹⁾ an Kaiser Wilhelm und einer damit verbundenen Denkschrift. ²⁾ Beide wurden am 5. Juli 1914 durch den österreichisch-ungarischen Botschafter dem Kaiser Wilhelm überreicht. Eine Abschrift der Schriftstücke wurde gleichzeitig durch den Überbringer, Grafen Hoyos, dem Auswärtigen Amt überreicht. Dies sind die Tatsachen, die zu der viel berufenen Legende von dem Kronrat in Potsdam Anlass gegeben haben.

Über die Antwort, die dem Grafen Szögyény erteilt wurde, gibt eine von mir entworfene telegraphische Instruktion des damaligen Herrn Reichskanzlers an den Botschafter von Tschirschky in Wien vom 6. Juli Aufschluss. ³⁾ Sie befindet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes und lautet meiner Erinnerung nach dahin:

Die Gefahren der panslawistischen Agitation würden auch in Deutschland nicht verkannt. Der Heranziehung Bulgariens an den Dreibund wurde mit gewissen Vorbehalten zugestimmt. Es wurden Bemühungen in Bukarest in Aussicht gestellt, um Rumänien bei dem Bündnis zu erhalten und von der gefährlichen serbischen Propaganda loszumachen; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgelehnt. Es wurde aber betont, dass Deutschland gemäss dem Bündnis und der alten Freundschaft treu zu Österreich-Ungarn stehen würde. ⁴⁾

Man wird danach wohl schwerlich, wie es der bayerische Stimmungsbericht darstellt, von einer Blankovollmacht sprechen können. Wir haben Österreich-Ungarn zu seinem Vorgehen gegen Serbien weder zugeredet noch angestachelt, uns vielmehr lediglich darauf beschränkt, ihm davon nicht abzuraten. Unsere Haltung erschien mit Rücksicht auf unsere Bündnispflicht und die weltpolitische Lage geboten, und ich bin der Überzeugung, dass die grosse Mehrzahl der heutigen Kritiker dieser Politik damals nach gewissenhafter Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse ebenso gehandelt haben würde wie die Reichsleitung.

Der Inhalt des Ultimatum an Serbien stand meines Wissens zu jener Zeit noch nicht fest, jedenfalls war er uns unbekannt. Dass

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 13.

²⁾ Vgl. Ebenda Nr. 14.

³⁾ Vgl. Ebenda Nr. 15.

⁴⁾ Vgl. Ebenda Nr. 15.

die in dem Bericht der bayerischen Gesandtschaft wiedergegebenen Forderungen von mir dem Herrn Berichterstatler mitgeteilt worden sind, bezweifle ich daher. Übrigens haben wir es, soweit mir erinnerlich, ausdrücklich abgelehnt, zu einer Formulierung der Forderungen an Serbien Stellung zu nehmen. Wie die Akten des Auswärtigen Amtes ergeben dürften, ist uns das von uns allseitig für zu scharf gehaltene österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien erst so spät von Wien mitgeteilt worden, dass uns eine Möglichkeit, auf seine Milderung hinzuwirken, nicht mehr gegeben war.

Wie sehr wir uns in der Folge bemüht haben, den Konflikt zwischen unserem Bundesgenossen und Serbien zu lokalisieren,¹⁾ ist allgemein bekannt. Unsere Bemühungen wären wohl auch erfolgreich gewesen, wenn England seinen grossen Einfluss auf Petersburg ebenso energisch geltend gemacht hätte, wie wir den unseren in Wien. Schliesslich hat dann die russische Gesamtmobilmachung, die von zum Kriege drängenden Gewaltpolitikern in Petersburg überstürzt wurde, unsere Bemühungen zum Scheitern gebracht.

Deutscherseits muss hiernach die Verantwortung für die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg abgelehnt werden. Die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen ist nicht als geeignetes Mittel zur Aufklärung der Schuldfrage anzusehen. Ganz besonders gilt dies für die subjektiv gefärbten Stellen des bayerischen Berichts, dessen Verfasser doch nicht in die Vorgänge intim genug eingeweiht war, um ein objektiv zuverlässiges Bild der Dinge zu geben. Die historische Wahrheit wird erst dann festgelegt werden können, wenn einem Staatsgerichtshof oder noch besser einem internationalen Gerichtshof das einschlägige Material sämtlicher kriegführenden Mächte gewissenhaft unterbreitet wird. Die Untersuchung der Schuldfrage durch einen solchen unparteiischen Gerichtshof würde zweifellos allen jetzt unter schweren Verdächtigungen leidenden deutschen Staatsmännern nur erwünscht sein.

Nr 6

Die erschwerende Wirkung der Enthüllungen. Halbamtliche Mitteilung

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 605

Berlin, 28. November 1918

Die Ausschlichtung der bayerischen Enthüllungen über den Ursprung des Krieges durch die Entente-Prese hat begonnen. Schon machen sich englische Blätter daran, die Schuldfrage für gelöst zu

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 142.

erklären und in diesem Sinne mit Rücksicht auf die kommenden Friedensverhandlungen propagandistisch auf die öffentliche Meinung gegen Deutschland einzuwirken. So bemerkt die „Westminster Gazette“:

„Es ist eine erstaunlich genaue Aufdeckung der Schuldfrage. Lerchenfeld zeigt uns eine kleine Clique in Berlin und Wien, die entschlossen war, der Welt den Krieg zu bringen. Niemals in der Geschichte wurde ein Verbrechen kaltblütiger und mit mehr Überlegung vorbereitet. Neben dieser kleinen Gruppe von Verschwörern in Berlin und Wien erscheint Napoleon in seinen schlimmsten Augenblicken als ein unschuldiger Mann. Es ist wahr, sie hatten einen anderen Krieg geplant, und der Kaiser konnte die Hand aufs Herz legen und erklären, er wüßte diesen Krieg nicht. Der Krieg, mit dem er rechnete, sollte Frankreich durch einen schnellen Schlag zu Boden werfen und Russland durch eine rasche Bewegung erledigen, während Deutschland Europa die Bedingungen diktieren würde. Einen teuflischeren Plan hat es nie gegeben, niemals einen Plan, der auf so viel Fehlberechnungen gegründet war und der so vollständig scheiterte. Jetzt ist es Sache der Welt, die Urheber des Verbrechens der Gerechtigkeit zu überantworten.“

Wenn aber die „Westminster Gazette“ nur „eine kleine Clique“ zu den Urhebern des Verbrechens zu stempeln versucht, verallgemeinert der „Daily Telegraph“ die Schuldfrage und — das mögen die Veranlasser dieser Enthüllungen besonders beachten — will das ganze deutsche Volk verantwortlich gemacht wissen. Dieses extrem deutschfeindliche Blatt erklärt:

„Von allen Seiten kommt die Bestätigung einer Überzeugung, die schon längst von den Alliierten gehegt wurde. Wenn wir fragen, warum die deutschen Stämme soviel Wert darauf legen, ihre schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen, so ist die Antwort wahrscheinlich, dass sie wünschen, ein für allemal das preussische Übergewicht zu beseitigen. Vielleicht werden schliesslich zwei Republiken entstehen, eine mit Frankfurt als Hauptstadt, die andere mit Berlin. Wir können nur hoffen, dass in Deutschland irgend eine dauerhafte Regierung entstehen wird, mit der in Friedensverhandlungen zu treten für die Ententemächte möglich ist. Aber wir können keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Teilen des früheren Deutschen Reiches machen oder einige Staaten von der Verantwortung für den Krieg entlasten. Bayern ist genau so wie jeder andere Staat hineinverwickelt, und die Enthüllungen Lerchenfelds bestätigen nur unsere Ansicht, dass das ganze Deutschland sich dafür entschied, die Verantwortung für das Vorgehen der kaiserlichen Regierung zu übernehmen, und deswegen muss es dieselbe Verurteilung und dieselbe Strafe erwarten.“

Beide Pressestimmen, die sicherlich nicht allein bleiben werden, liefern den klaren Beweis, dass durch derartige, aus dem Zusammenhang gerissene Dokumente die an sich schon so schwierige Lage Deutschlands auf dem Friedenskongress ins Ungemessene gesteigert wird. Bei jeder Gelegenheit werden die Ententevertreter damit hausieren und, um immer extremere Forderungen durchzusetzen, darauf verweisen. Ist es des Schadens denn noch nicht genug?

Nr. 7

Pressenotiz des Auswärtigen Amtes

Berlin, 26. November 1918

Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung sofort protestiert. Sie muss nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unsern Feinden und Verhandlungsgegnern ist sie eine Waffe in der Hand, die diese zu benützen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, dass der Vertreter Bayerns in Bern, Professor Förster, seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelsmannes von Clémenceau angeraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, dass es Herrn Clémenceau nur darauf angekommen ist, uns vor aller Welt durch unser eigenes Zeugnis ins Unrecht zu setzen. In den schrecklichen Irrtum, dass Clémenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen liesse, wenn nur die Schuld am Kriege von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen.¹⁾ Die Akten des Auswärtigen Amtes werden auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solf vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorangegangenen diplomatischen Aktionen geprüft und das Ergebnis veröffentlicht werden.²⁾

¹⁾ Vgl. zu Nr. 6—11 auch Abschnitt III 8, 9, 11, 12, 20, 23.

²⁾ Bald darnach wurde Karl Kautsky von den Volksbeauftragten mit der Bearbeitung betraut.

Professor Foerster gegen das Auswärtige Amt

Pressemitteilung

28. November 1918

Das Berliner Auswärtige Amt behauptet, ich hätte auf Veranlassung eines Vertrauensmannes von Clémenceau angeraten, Mitteilungen zur Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen. Dazu bemerke ich:

Gewiss habe ich angeraten, das deutsche Volk über die wahre Vorgeschichte des Krieges aufzuklären. Dieser Rat aber entstammte keiner vom Ausland kommenden Anregung. Vielmehr habe ich stets die Auffassung vertreten, dass die jahrelange Irreleitung des deutschen Volkes durch das Berliner Auswärtige Amt die Hauptschuld an der Kriegsverlängerung trage und dass die moralische Aussöhnung Deutschlands mit dem Auslande erst dann möglich sei, wenn das deutsche Volk endlich wahrheitsgemäss erfahre, wie dieser Krieg entstanden und geführt worden ist. Um eine solche Auffassung zu vertreten, braucht man keine Anregung von Clémenceau, sondern nur ein wenig alte deutsche Wahrheitsliebe. Gewiss hatte ich Aussprachen mit Entente-Vertretern, einen Rat in bezug auf deutsche Fragen aber habe ich dabei weder erbeten noch empfangen. Wohl aber zeigten mir jene Aussprachen, dass man drüben an eine wirkliche Erneuerung Deutschlands noch nicht glauben will: das deutsche Volk, so sagt man, habe sich nur institutionell, aber noch nicht moralisch gewandelt. Es ist darum zweifellos, dass das deutsche Volk allein durch die volle Erkenntnis dessen, was geschehen ist, die richtige innere Stellung zu der erschütternden Erfahrung der jetzigen Stunde finden kann. Wenn nun das Berliner Auswärtige Amt meint, dass solche Aufklärung im gegenwärtigen Augenblick unterbleiben sollte, so zeigt das leider, dass die dort massgebenden Männer noch immer nicht den unseligen Irrtum abgetan haben, als müsse man um der Feinde willen dem deutschen Volke die Wahrheit vorenthalten, als ob das Ausland nicht längst über alle jene Dinge genau informiert wäre, und als ob nicht gerade das freie Bekenntnis der Schuld dem Ausland allein die Bürgschaft gebe, dass wir uns ehrlich von dem bösen Geiste lossagen wollen, der uns in diesen Krieg getrieben hat.

Professor F. W. Foerster

Nr. 9

Französisches Dementi

(Nach Münchener Zeitung 329 vom 30. November 1918)

Eine Note der „Agence Havas“ besagt:

Wir sind in der Lage, behaupten zu können, dass diese Information völlig aus der Luft gegriffen ist.¹⁾ Zu keiner Zeit und in keiner Form hatte Clémenceau jemals Beziehungen zu den offiziellen Agenten oder Sekretären Nord- oder Süddeutschlands. Keiner von ihnen konnte von der französischen Regierung inspiriert werden. Wie dem auch sei, zeigen die Funksprüche aus Nauen, dass die Berliner Regierung allen Lügen der alten Regierung Rechnung trägt.

Nr. 10

Auf Anregung Clémenceaus?Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 609

30. November 1918

Zu den Erörterungen über die Münchener Aktenveröffentlichung erfahren wir, dass der hiesige Gesandte der bayerischen Regierung, Dr. Muckle, als er von amtlicher Seite wegen dieser Publikation zur Rede gestellt wurde, sich dahin geäußert habe, dass die Veröffentlichung auf eine Anregung Clémenceaus erfolgt sei, der bei dem bayerischen Gesandten in Bern die Bekanntgabe von Deutschland belastendem Material als friedensfördernd angeregt habe.

Nr. 11

Professor Foersters EntgegnungMünchener Neueste Nachrichten
Nr. 607

1. Dezember 1918

Sie bringen in Ihrer Nr. 606 die Behauptung des bayerischen Gesandten in Berlin, dass die bekannten Enthüllungen aus den bayerischen Akten auf Anregung Clémenceaus erfolgt seien, der bei mir die Bekanntgabe von Deutschland belastendem Material als friedens-

¹⁾ Nämlich, dass die bayerische Aktenpublikation auf Anregung Clémenceaus erfolgt sei.

fördernd angeregt habe. Ich wiederhole, dass es sich hier um eine Legende handelt, an der kein wahres Wort ist. Die behauptete Anregung ist mir weder von Clémenceau noch von irgend einem seiner Vertrauensmänner zugekommen. Ich habe nur ganz allgemein den Rat gegeben, nunmehr die ganze Literatur hereinzulassen, die sich mit den Kriegsursachen beschäftigt, weil meiner Überzeugung nach das vier Jahre unter Zensur gehaltene deutsche Volk ohne eine solche Aufklärung zu keiner moralischen Verständigung mit der Umwelt kommen kann. Ich darf wohl darauf rechnen, dass die gesamte Presse, die jene Legende gebracht hat, ihren Lesern auch von diesem wiederholten Dementi Kenntnis gibt.

Nr. 12

**Amtliche Mitteilung des bayerischen Ministeriums des
Äußern**

Münchener Neueste Nachrichten
Nr. 608

2. Dezember 1918

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, die Veröffentlichung der bayerischen Gesandtschaftsberichte sei zurückzuführen auf eine Anregung Clémenceaus; Clémenceau habe das natürlich in Abrede gestellt. Hierzu schreibt uns unser bayerischer Gesandter in Berlin, dass er sich über die Ursache der Veröffentlichung dahin geäußert habe, die bayerische Regierung wolle auf diese Weise einen Druck auf die Vertreter des alten Systems ausüben, dass sie ihren Posten endlich verlassen. Die bayerische Regierung habe aber auch die Überzeugung, dass eine solche Veröffentlichung das Vertrauen der Entente zur deutschen Regierung und zum deutschen Volk stärken müsse.

Nr. 13

Erwiderung von Dr. Muckle

In der „Freiheit“ vom 3. Dezember 1918 erklärt Dr. Muckle:

Die Deutsche Allgemeine Zeitung weiss zu berichten, ich hätte mich dahin geäußert, dass die Veröffentlichung der auf den Kriegsursprung sich beziehenden Akten durch die bayerische Regierung auf eine Anregung Clémenceaus erfolgt sei. Diese Darstellung ist falsch. Jedem Ausfrager, dem ich Aufschluss gab, habe ich folgendes unterbreitet: Der provisorische bayerische Gesandte in Bern, Professor Foerster, welcher Beziehungen unterhält zu Männern, welche mit den

Anschaungen Clémenceaus vertraut sind, hat versichert, dass die Veröffentlichung von Akten, welche erwiesen, wie sehr die deutsche Regierung 1914 zum Kriege drängte, besänftigend auf Clémenceau wirken müssen und dass damit die Sache des Friedens nur gefördert werden könne. Im übrigen stehe auch ich gleich Professor Foerster auf dem Standpunkt, dass es dem deutschen Volke, welches in ein Netz von Lügen eingesponnen worden war, sicher nicht schaden könne, wenn es endlich dieses Netz erbarmungslos zerreisst und der Wahrheit die Ehre gibt.

Nr. 14

Erklärung Professor Foersters

Freiheit Nr. 39

6. Dezember 1918

Der bayerische Gesandte in der Schweiz, Professor Foerster, telegraphiert uns aus München:

Der Herr Gesandte Dr. Muckle hat Ihnen mitgeteilt, ich hätte versichert, dass die Veröffentlichung von Akten zur Vorgeschichte des Krieges besänftigend auf Clémenceau wirken werde. Auch diese Formulierung geht auf ein Missverständnis zurück. In meinen Berichten aus der Schweiz habe ich mich mit irgend einer Einwirkung auf die Person Clémenceaus in keiner Weise beschäftigt, sondern nur von dem allgemeinen Unglauben an den Durchbruch eines neuen Geistes in Deutschland gesprochen. Dieser Unglaube werde wohl erst dann verschwinden, wenn das deutsche Volk gründlich über die wahre Vorgeschichte des Krieges unterrichtet werde. Dem vier Jahre systematisch irreführenden deutschen Volke müsse Aufklärung werden, in wie grossem Umfang die Anklagen der Gegner berechtigt seien.

Nr. 15

Die deutsche Reichsregierung an die Regierungen der Entente

Öffentliche Kundgebung

Berlin, 29. November 1918

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Ver-

handlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit übernommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Missdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzig mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, dass eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilsspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müssten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschehnisse der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein können.¹⁾

¹⁾ Die Vorarbeiten für eine deutsche Gesamtpublikation (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch) wurden im Auftrage der Reichsregierung im November 1918 von Karl Kautsky aufgenommen. Deutsche Dokumente, Vorwort.

V

Auseinandersetzung mit Berlin und Widerstände
im Lande¹⁾

Nr. I

**Reichskonferenz im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais
am Montag, 25. November 1918**Auszug nach dem gedruckten Verhandlungsprotokoll ²⁾

Die deutsche Staatenkonferenz, bei der Vertreter sämtlicher deutscher Länder anwesend sind, berät unter dem Vorsitz des Volksbeauftragten Ebert über die Lage des Reiches, über Wege zum Frieden und Wiederaufbau.

Über die auswärtige Politik erstattet Bericht der Staatssekretär Dr. Solf, über die Waffenstillstandsverhandlungen der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger.

Ersterer legt unter anderem auch dar, dass die französische Regierung den Ententesieg bis zur Zertrümmerung Deutschlands und seiner Einheit auszunützen gedenke, und dass die französische Diplomatie innerhalb der Entente anscheinend die Führung habe. Frankreich wolle trotz der Einheitlichkeit des deutschen Nationalkörpers eine Randstaatenpolitik betreiben. Er sagt dann:

Die gegenwärtigen Zustände in Deutschland, dauernde Übergriffe mehr oder weniger lokaler Behörden in die Befugnisse der Zentralgewalt, sowie das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für diese, das jederzeit im Innern einem separatistischen Vorgehen einzelner Bundesstaaten als Vorbild dienen könne, erleichterten den Gegnern ihr

¹⁾ Die Originale der im folgenden Abschnitt mitgeteilten Aktenstücke sind, wo nicht anders vermerkt, im Ministerium des Äußern.

²⁾ Im Ministerium des Äußern.

Spiel. Er zweifle nicht, dass der Rat der Volksbeauftragten die verderbliche Wirkung der Kontrollansprüche über die Zentralregierung in ihrer ganzen Tragweite überschaue. Beschlüsse wie die des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, der die Beziehungen zur Sowjetregierung gegen die Politik der Reichsregierung allein und selbständig regeln wolle, die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen aus den Akten der Reichs- und Staatsbehörden, die Verhaftung eines vom Auswärtigen Amte nach Wien geschickten Kuriers, das Erbrechen von Siegeln der Reichsregierung seien unerträglich. Werde dieser Zersetzung nicht sofort nachdrücklichst und mit durchschlagendem Erfolge entgegengetreten, so stehe zu befürchten, dass die separatistischen Tendenzen in Deutschland bald die Zentralgewalt derart überwucherten, dass die französische Politik zur Durchführung ihrer Absichten weder besonderer Geschicklichkeit noch besonderer Anstrengungen bedürfte. Auf die Weise grüben wir uns selbst das Grab. Auch der beste Wille des Präsidenten Wilson, auf den wir wohl noch bauen dürften, und selbst die besonnenen Elemente in England müssten dann schliesslich erlahmen. Damit schwände aber jede Aussicht auf den Frieden, vielmehr drohe dem Reiche völliger Untergang und der deutschen Nation die Vernichtung.

Der Staatssekretär, der in der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse ein „unüberwindliches Friedenshindernis“ erblickt, richtet einen Appell an die versammelten Staatenvertreter, die Zentralgewalt des Reiches zur selbständigen Leitung der Reichsgeschäfte und insbesondere zur alleinigen Führung der auswärtigen Politik in den Stand zu setzen und einen möglichst frühen Termin für die konstituierende Nationalversammlung anzukündigen.

Die Verhandlungsniederschrift verzeichnet folgende Einwendungen des bayerischen Ministerpräsidenten gegen diese Darlegungen und gegen die Ausführungen Erzbergers über den Waffenstillstand:

Eisner (Bayern) findet, das, was die Referate gebracht hätten, konnte auch vor zwei oder drei Monaten gesagt werden. Die Berichterstatter hätten der Meinung Ausdruck gegeben, dass wir auf Gnade und Ungnade den imperialistisch erhitzten Mächten ausgeliefert seien, so dass selbst der Präsident Wilson nicht mehr imstande sei, mildernd und besänftigend zu wirken. Und die Schilderung Herrn Erzbergers habe nur den Eindruck bestätigt, dass Marschall Foch ungefähr ebenso verhandelt habe wie 1870 Bismarck. Herr Erzberger gab der Meinung Ausdruck, die Entente schicke sich an, einen Vorwand zu suchen, um einen neuen Krieg zu entfesseln, während er zwischen durch die Bemerkung habe einfließen lassen, dass Clémenceau, nach

Meinung der Herren Solf und Erzberger zweifellos der grösste Chauvinist, sogar bereit sei, Deutschland mit Lebensmitteln zu unterstützen. Das sei die unerhörte Grausamkeit der Entente! Man brauche sich doch nur an die Bismarcksche Politik von 1870 zu erinnern, an die Aushungerung von Paris und all die übrigen brutalen Methoden der deutschen Kriegführung, der Deportation und der Aushungerung, um in Erstaunen zu geraten über die Grossmut der feindlichen Mächte, die uns, die am Weltkriege allein Schuldigen, mit Lebensmitteln zu versorgen bereit sind.

Es liege ihm fern, die Probleme, die uns gegenwärtig beschäftigten, in ihrer ganzen Tiefe und Furchtbarkeit zu erörtern. Aber wenn man zu einem Frieden der Verständigung, nicht der Unterwerfung kommen wolle, dann sei es notwendig, nicht Männern die Leitung der Geschäfte in Deutschland zu übertragen, die während der viereinhalb Kriegsjahre kompromittiert seien durch die Regierungspolitik, die uns in den Abgrund gestürzt habe. Das gelte insbesondere von der Entsendung des Herrn Erzberger als Bevollmächtigter zu den Waffenstillstandsverhandlungen. Hier müsse jetzt rückhaltlos die Wahrheit gesagt werden. Herr Erzberger habe jene Vergiftung der öffentlichen Meinung organisiert, die uns in der ganzen Welt isoliert und so verhasst gemacht habe. Und Herr Solf, ein Diplomat, halte es in der gegenwärtigen Situation für angebracht, nur mit Herrn Wilson zu verhandeln und somit gewissermassen die Leiter der übrigen feindlichen Mächte für minderwertig zu erklären. Derartiges sei geeignet, die letzten Aussichten auf einen einigermaßen günstigen Frieden hinfällig zu machen. Wenn die Herren Solf und Erzberger die Absicht hätten, die Schuldigen des alten Systems dadurch zu retten, dass sie den Zorn und die Wut des Volkes auf jene erbarmungslosen Feinde ablenkten, die uns mit Lebensmitteln versorgen wollten, dann könnten sie nicht anders handeln. Das sei nicht Revolution, sondern Gegenrevolution. Zwar sei er nicht über die Stimmung in der Ententepresse unterrichtet, da er seit vierzehn Tagen grundsätzlich keine Zeitungen lese; dafür habe er aber direkte Berichte von zuverlässigen Mitarbeitern.¹⁾

Die Entente verlange einmal mit einer Regierung zu verhandeln, die kein Ausdruck des alten Systems sei. Diese Forderung sei durchaus berechtigt. Man müsse wünschen, dass alle kompromittierten Vertreter des alten Systems so schnell als möglich den Weg nach Holland finden, soweit sie nicht als Landesverräter zu verhaften seien. Es sei unbegreiflich, dass Leute wie Zimmermann und Jagow noch frei herumlaufen. Man brauche neue, unbelastete Männer, die nach seiner Überzeugung von der Entente das erreichen würden, was den alten nicht gelungen sei.

¹⁾ Vgl. für das Folgende Foersters und Herrons Berichte aus der Schweiz; Abschnitt III, Nr. 4, 6, 8, 9, 11, 12, 16—18, 23.

Die zweite Forderung der Entente gehe dahin, dass Männer an der Spitze Deutschlands stehen, die das Vertrauen der Massen geniessen. Dieses Vertrauen könnten nur unbelastete Männer finden. So seien die Bedingungen der Entente nicht nur die Vorbedingungen eines günstigen Friedens, sondern auch der inneren Erneuerung Deutschlands. Die Gesandtschaftsberichte stellten noch Rückstände aus der bestellten Arbeit der früheren Machthaber vor. Not tue jetzt eine Reichsregierung, die wisse, was sie wolle, und die entschlossen sei, demokratische und sozialistische Politik ungehemmt zu treiben. Von diesem Gesichtspunkt aus mache er folgenden Vorschlag:

Deutschland brauche ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten habe und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen müsse. Dieses Präsidium müsste die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen. Nur auf diese Weise würden die separatistischen Strömungen verhindert, die sich jetzt stärker als je durchzusetzen versuchten. Nichts sei heute volkstümlicher als der Ruf: Los von Berlin! Los von Preussen! Er selbst stemme sich gegen diese Bestrebungen; aber diese Loslösungsbestrebungen seien nicht nur in den süddeutschen Staaten vorhanden, sondern auch in den westlichen Gebieten Preussens. Einer solchen verhängnisvollen Politik könne nur durch eine revolutionär bestimmte, in Zielen und Personen unverdächtige Körperschaft entgegengetreten werden, die die Verhandlungen mit dem Feinde zu führen hat. Nur so könne man zu einer Verständigung mit der Entente und zu ihrem Beistande gelangen, ohne den Deutschland untergehen müsse. Man solle deshalb reinen Tisch zu Hause machen, dann könne man zu einer neuen Zeit der Versöhnung der Völker gelangen und zu einem Frieden, wie wir ihn brauchen.

Diese Ausführungen finden bei verschiedenen Vertretern in einzelnen Punkten Zustimmung, stossen aber bei anderen auf lebhaften Widerspruch. Er richtet sich auch gegen die bayerische Aktenveröffentlichung, von der Scheidemann sagt, sie habe für Deutschland gewirkt wie ein Keulenschlag. Gegen die bisherige Führung der auswärtigen Politik durch Solf wenden sich mit Eisner auch die Beigeordneten im Auswärtigen Amte, Karl Kautsky und Bernstein.

Die bayerischen Vorschläge, ein besonderes Reichsregiment für die Führung der auswärtigen Politik einzusetzen, finden keinen Anklang. Die grosse Mehrheit hält den Rat der Volksbeauftragten als oberste Reichsleitung für geeignet und für fähig, die Verhandlungen über den Vorfrieden einzuleiten. Im übrigen will sie die baldige Wahl einer konstituierenden

Nationalversammlung, um dem Reiche eine neue Verfassung und eine voll verhandlungsfähige Regierung zu geben.

Der bayerische Ministerpräsident greift wiederholt in die Erörterung ein. Separatismus und Partikularismus überwinde man am besten durch Selbstbestimmung der Gliedstaaten. Er regt die Bildung einer provisorischen deutschen Nationalversammlung nach dem Muster der bayerischen an, die auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gegründet sei, und verlangt, dass das Auswärtige Amt von völlig unbelasteten Personen, von radikalen Sozialisten, verwaltet werde, da man dann leichter zum Frieden komme. Die Reichsregierung will er einer gründlichen Umgestaltung unterziehen. Er wiederholt seinen Vorschlag, eine Art provisorisches Reichspräsidium aus fünf bis sieben Personen zu schaffen, die sowohl Vertreter der Reichsregierung wie der Bundesstaaten sein könnten. Diese Körperschaft solle dann die Verhandlungen mit den Verbandsmächten führen.

„Es sei ihm mitgeteilt worden, dass die Vertreter der Entente erklärt hätten, jedes sozialistische Regime, auch das radikalste, sei ihnen recht, nur müsse es eine Regierung sein, die regierungsfähig sei und die Massen hinter sich habe. Seines Wissens seien die Waffenstillstandsbedingungen schon in dem Augenblicke gemildert worden, als im Auslande bekannt geworden sei, dass es in Deutschland revolutionär gäre. Die späteren chauvinistischen Strömungen rührten erst seit den unglücklichen Noten des Auswärtigen Amtes und des Generalfeldmarschalls Hindenburg her. Herr von Hindenburg möge ja ein ausgezeichnete Feldherr sein, aber er solle doch wirklich endlich aufhören, zu telegraphieren und Kundgebungen zu erlassen. Er bitte die jetzige Reichsregierung, in dem Sinne der Note zu wirken, die er gestern amtlich in Bayern habe verbreiten lassen. . .¹⁾“

¹⁾ Sie lautete:

München, 23. November 1918

Der bisherige Generalfeldmarschall Hindenburg erlässt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlass, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volke angesammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

Der Ministerpräsident Kurt Eisner

Es gebe nur zwei Wege: Entweder gehe Deutschland in kürzester Zeit zugrunde, denn wie es mit unseren Rohstoffen und Lebensmitteln steht, sei bekannt, oder man versuche offen und ehrlich in voller Aufrichtigkeit und Wahrheit ohne die schädlichen Mittel der alten Diplomatie einen Frieden zu schaffen, der die erste Aktion des Völkerbundes sei. Der neue Friede werde den Völkerbund nicht schaffen, sondern der Völkerbund solle bereits der neue Friede sein. Wer aus dem Süden nach Berlin komme, der erschrecke beinahe über den Geist, der hier herrsche. Man sehe eine neue Welt erstehen und hier finde man eine Ratlosigkeit und einen allgemeinen Katzenjammer in der Bevölkerung“.

Zum Schlusse anerkennt die Staatenkonferenz als Richtpunkte für die Führung der Reichsgeschäfte: Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands in der deutschen Republik und die Bekämpfung separatistischer Bestrebungen; Vorbereitung der Nationalversammlung, bis zu deren Zusammentritt die Räte als Repräsentanten des Volkswillens gelten, und die schleunige Herbeiführung eines Vorfriedens durch die bestehende Reichsleitung der Volksbeauftragten.

Über die Vorschläge des bayerischen Ministerpräsidenten wird nicht weiter verhandelt.

Nr. 2

**Der bayerische Bevollmächtigte beim Reich an den
Rat der Volksbeauftragten (Reichsregierung)**

Berlin, 27. November 1918

Es hat sich gezeigt, dass die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes immer noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind und so, getreu den Methoden dieses Systems, im höchsten Masse die Interessen Deutschlands schädigen. Unsere Lage ist augenblicklich so, dass wir, versagt uns die Entente ihre Beihilfe, in kürzester Zeit in den Abgrund einer fürchterlichen Hungersnot versinken. So ist es dringend geboten, dass die Entente mit Männern verhandelt, die nicht mit den Makeln des alten Systems behaftet sind, und denen sie volles Vertrauen entgegenbringen kann. Dass die Entente nicht an eine Vernichtung des deutschen Volkes denkt, zeigt die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, uns mit Nahrungsmitteln zu versehen. Um so reichlicher wird aber sicherlich diese Beihilfe fließen, je mehr die führenden Männer Deutschlands Vertreter eines neuen, vertrauenerweckenden Geistes

sind, und auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wird der Rücktritt der Vertreter einer Zeit verlangt, über die ein furchtbarer Richterspruch schon gefällt ist. Sollte diesen Vorstellungen kein Gehör geschenkt werden, so wird die bayerische Regierung die Beziehungen zum Auswärtigen Amt abbrechen.

Nr. 3

Der Ministerpräsident an die Gesandtschaft in Berlin

Telegramm München, den 26. November 1918, 12⁰⁰ nachts.

Ich bitte, das folgende in der Wilhelmstrasse bekanntzugeben und die Redaktion der „Freiheit“ davon zu informieren:

Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Äußern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.

Kurt Eisner

Nr. 4

Kundgebung des Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats an den Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin

München, 27. November 1918

Der Vollzugsausschuss des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der Deutschen Republiken mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, dass noch immer die kompromittiertesten Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann den entscheidenden Einfluss besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

Nr. 5

**Die bayerische Gesandtschaft in Bern an das Ministerium
des Äussern (für Gesandten Foerster)**

Telegramm Bern, den 27. November 1918; 5²⁰ nachm.

Julius mitteilte, amerikanischer Gesandter leugnet, dass Weigerung Foch, Milderung in Demobilisierung zu gewähren, Absicht von Wiederaufnahme Feindseligkeiten bedeute. Französische Regierung denke selbst nicht daran: Amerikaner würden es auch nicht zulassen.

Bayerische Gesandtschaft

Berchem

Nr. 6

Der bayerische Ministerpräsident an den Bevollmächtigten in Berlin

München, Ende November 1918¹⁾

Ich erfahre authentisch, dass die Behauptung, Frankreich hat die Absicht, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, völlig unwahr ist. Es ist dringend notwendig, dass von Berlin aus sofort dem Pressetreiben gegen die Entente auf jede Weise ein Ende bereitet wird. Das Auswärtige Amt muss unverzüglich von den Elementen, die diese Pressetreibereien alten Stils organisieren, gereinigt werden, wenn überhaupt Aussicht bestehen soll, zum Frieden zu kommen. Ich bitte diese Mitteilung, deren grossen Ernst ich betone, der Reichsregierung zu übermitteln.

Nr. 7

**Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Soldaten-
und Bauernräte in Berlin an den Ministerpräsidenten
Eisner**

Telegramm Berlin 9, den 30. November 1918; 4⁴⁰ nachm.

Heute nachmittag 3 Uhr Sitzung der Soldatenräte Grossberlins. Unser Soldatenvertreter Haeterle abgibt folgende von Dr. Muckle

¹⁾ Ohne bestimmtes Datum.

mit uns gemeinsam verfasste Erklärung, da Verhältnisse hier sowohl Soldatenrat wie Vollzugsausschuss durchaus unklar: Ich stehe hier als Vertreter der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Ich habe folgendes zu erklären: Wird nicht der Vollzugsrat aufrecht erhalten als Kontrollorgan der Regierung gegenüber, so ist die ungeheure Gefahr der Gegenrevolution vorhanden. Wir Bayern haben die Revolution nicht als Kinderspiel vollbracht, es war uns vielmehr furchtbarer Ernst. Wir verlangen deshalb, dass im Norden, in Preussen kein Mittel unversucht gelassen wird, um die Ergebnisse der Revolution für alle Zeiten zu sichern. Wir verlangen deshalb neben der Aufrechterhaltung des Vollzugsrats, dass alle Vertreter des alten Systems im Auswärtigen Amt sofort entfernt werden, weil die feindlichen Regierungen mit diesen vertrauensunwürdigen Leuten keinen Frieden schliessen werden. Wir sind deshalb zu der Forderung gezwungen, dass die revolutionären Gruppen Deutschlands sich zu einer festen Einheit zusammenfinden, dass der Bruderkampf in dieser tiefensten Stunde aufhört, dass vor allem hier in Berlin sofort eine Klärung eintrete. Sollten diese Bedingungen nicht in der allernächsten Zeit erfüllt werden, so sieht sich das bayerische Volk gezwungen selbst zu handeln und Schritte zur Erreichung des Zieles für ganz Deutschland zu unternehmen, da es weiss, dass seine Regierung das Vertrauen des Auslandes besitzt.

Breitenbach. Jakobi

Nr. 8

Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Dringendes Telegramm Berlin, den 30. November 1918; 4⁴⁰ nachm.

Hiesige Verhältnisse erfordern schleunigste Konsolidierung Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Bayerns. Dränget Aktionsausschuss zu schleuniger Terminsetzung für Zuwahl.

Breitenbach. Jakobi

Nr. 9

Der Gesandte in Berlin an den Ministerpräsidenten

Telegramm Berlin, den 30. November 1918; 4⁴⁰ nachm.

Habe als einziger gegen rasche Einberufung der Nationalversammlung protestiert. Suche Unabhängige und Mehrheitssozialisten zu versöhnen. Cohn billigt meinen Plan. Wilbrandt, der in Berlin, lehnt ab, zudem Neurastheniker. Erkennt Schweizer Regierung Foerster an?

Mucke

Nr. 10

Hessen gegen Bayern

Pressemitteilung

Darmstadt, den 30. November 1918

Das Staatsministerium der Republik Hessen protestiert gegen den vom bayerischen Ministerpräsidenten und Ministerium des Aussern für Bayern angeordneten Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin. Es sieht darin eine Gefahr für die Einheit des Reiches und befürchtet, dass dadurch der Separatismus gefördert werden könnte. Es erwartet von dem Gesamtministerium Bayerns, dass es seinen Ministerpräsidenten veranlasst, den verhängnisvollen Schritt rückgängig zu machen, denn das nationale Interesse aller Deutschen erfordert dringend, die engste Einheitlichkeit aller deutschen Stämme bei den Friedensverhandlungen aufrechtzuerhalten.

Nr. 11

Aus der Rede des Ministerpräsidenten in der Landestagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, 28. November 1918

Nach dem Stenographischen Bericht

Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner grossen Überraschung, dass in Berlin die Konterrevolution nicht droht, sondern dass sie ruhig regiert. Die Konterrevolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob gar nichts geschehen wäre. Als ich das sah, da holte ich aus meiner Aktenmappe jenes Schriftstück, durch das nun der letzte Schleier von den Geheimnissen dieses Weltkriegs gerissen wird, jenen Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn von Schön, an den Grafen Hertling, in dem nun in aller Behaglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln. Damit wollte ich die Konterrevolution, die regierende Konterrevolution in die Luft sprengen. Ich habe dann diese Arbeit fortgesetzt in der Versammlung der Vertreter der deutschen Republiken und ich hatte das Glück, unmittelbar neben Herrn Erzberger und Herrn Solf zu sitzen. Ich habe mit aller Höflichkeit, die ich in solchen Fällen zu entwickeln pflege, ihnen die Wahrheit gesagt, so sehr die Wahrheit gesagt, dass ich erwartete, dass sie verschwinden würden. Als das auch noch nicht half, habe ich erklärt, dass ich mit Herrn Solf und den Seinen überhaupt nicht mehr verhandle. Das ist mir bitter ernst. Die Dinge liegen doch so: Der Hass gegen Berlin wächst, nicht gegen die Berliner Arbeiter, nicht gegen das Berliner Volk, sondern

gegen das Hauptquartier des Weltkriegs. In Berlin ist das Verbrechen ausgekocht worden und deshalb der Hass gegen Berlin, und ich, der ich dringend wünsche, dass diese Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung Deutschlands führe, sondern dass wir beisammen bleiben — ich bin der festen Überzeugung, dass zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren müssen, so lange, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden. Wir können nicht mit dem alten System weiterarbeiten. Wir wissen, unser Freund Karl Kautsky sitzt im Auswärtigen Amte, aber Herr Solf treibt Politik auf eigene Faust und Karl Kautsky erfährt nicht einmal davon, was im Auswärtigen Amte geschieht. Ich habe den Eindruck, dass in Berlin unter dem Drucke des langen Krieges in dem Erschöpfungszustande der elenden Ernährungsverhältnisse beinahe die gesamte Bevölkerung so sehr zerrüttet und geschwächt ist, dass dort sich keine Entschlusskraft mehr findet. Man hat bisweilen den Eindruck, dass in Berlin geträumt und nicht gehandelt wird und deshalb war es meine Absicht, von hier aus, wo wir vielleicht unter dem Einflusse der Höhenluft noch etwas frischer und kräftiger sind, von hier aus auch etwas frische Luft nach Berlin zu importieren. Meine Herren! Sie können diese Lage als gar nicht ernst genug betrachten. Was im Auswärtigen Amte sitzt, ob es nun alldeutsch ist oder ob es seit mehr oder minder kurzer oder langer Zeit für den Verständigungsfrieden gewirkt hat, das ist ganz gleich, diese Herren sind Vertreter des alten Systems und in ihren Händen ist noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, der Presse des In- und Auslandes. Der funktioniert noch genau so wie während des Krieges.

Überall sitzen die Agenten, in Bern, im Haag, in Kopenhagen, in allen Zeitungen Deutschlands und des neutralen Auslandes und versuchen ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, alles durcheinanderzubringen, vor allem um sich selber zu retten. Sie finden jetzt die Presse angefüllt von Mitteilungen über die Absichten der Entente. Bald marschirt die Entente in Berlin ein, bald in München, bald verwüsten schwarze Horden die Pfalz . . . Das Spiel, das gegenwärtig im November 1918 getrieben wird, ist nicht minder ruchlos als das Spiel, das im Juli und August 1914 getrieben wurde. Die bankerotten Politiker, die die neuen revolutionären Organisationen beseitigen wollen, scharen sich um das Banner der Nationalversammlung und die verbrecherischen Politiker, die den Weltkrieg gemacht und fortgesetzt haben und die uns in den Abgrund gestürzt haben, die versuchen heute nochmals, den Hass und den Zorn des deutschen Volkes gegen die Entente zu schüren, damit man sie selbst und ihre Armseligkeit vergisst.

Ich habe mir das Missfallen zugezogen dadurch, dass ich neulich eine Note gegen Hindenburg erlassen habe¹⁾; das hat sehr viele

¹⁾ Siehe V, 1.

sanfte Gemüter verletzt. Ich wusste aber genau, was ich tat. Heute bin ich aus dem Hauptquartier antelephoniert worden und man hat mir mitgeteilt, dass der alte Generalissimus Hindenburg sehr verletzt wäre durch diesen gänzlich unerwarteten Angriff. Bei dieser Gelegenheit habe ich dann erreicht, was ich erreichen wollte. Es ist telephonisch festgestellt, dass auch diese Kundgebung, die den Namen Hindenburgs trägt, im Auswärtigen Amte in Berlin, wenn nicht geschrieben, so veranlasst ist. Ich habe dem Generalissimus Hindenburg telephonirt, er sei ein Opfer der Berliner Politik geworden, und man hat mir versprochen, dass man künftig im Hauptquartier in politischen Dingen noch vorsichtiger sein werde als schon bisher.

Meine Herren! Sie sehen hier an dieser einen Tatsache ein Beispiel der neuen Politik, die keine Geheimdiplomatie mehr kennt, sondern nur mehr mit der Wahrheit arbeitet. Sie sehen daraus, wie schnell es möglich ist, durch einen etwas kühnen Vorstoss den Feind aus seinen Schlupfwinkeln herauszuholen.

Wenn ich als Minister des Äussern erklärt habe, dass ich mit dem Auswärtigen Amte in Berlin nicht mehr verkehre, so habe ich es im Bewusstsein getan, dass dort das Nest ist, das ausgeräuchert werden muss, wenn wir zum Frieden kommen wollen. Ich habe heute aus Bern von der bayerischen Gesandtschaft, und zwar nicht von unserem Gesandten, der gegenwärtig in München ist, sondern von seinem Vertreter, also einem von dem alten Personal, die Mitteilung erhalten, dass ihm authentisch versichert worden sei, dass keine Rede davon sein könne, dass die Entente daran denke, was ja in den letzten Tagen in der deutschen Presse zu lesen war, wieder einen Krieg mit uns anzufangen.

Nein, meine Herren, ich verbürge mich dafür: In dem Augenblicke, wo in Deutschland eine aktionsfähige Regierung ist, die das Vertrauen genießt, dass sowohl die Massen hinter ihr stehen, als dass sie nun ehrlich und offen Frieden schliessen will, im selben Augenblick haben wir den Frieden. Und gleichgültig, wie man über diese Frage denken mag: Wir müssen in Deutschland den Frieden haben. Wir müssen jeden Weg gehen, um den Frieden zu haben.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel geben von der Verruchtheit jener Treibereien, die aus dem Auswärtigen Amte stammen. Vor ein paar Tagen lief durch die Presse die Mitteilung, dass die Mitteilung unseres Freundes Haase über die Lebensmittelnot nicht richtig sei; in Berlin, im Lebensmittelministerium des Genossen Wurm, sei man nicht so pessimistischer Anschauung. Solche Mitteilungen müssen also in den ehemals feindlichen Ländern den Verdacht erwecken, dass es in Deutschland noch nicht so schlimm steht, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. . . Und die Folge von solchen Ausstreuungen ist, dass man in Frankreich, in England, in Amerika, in Italien meint, dass nun wieder überhaupt alles bei uns Schwindel ist. Die ganze Revolution wird für einen Schwindel gehalten, nur für eine Maskerade des alten Systems. . .

So wirken diese Dinge im Auslande. Nun meine Herren, wir wissen, dass wir eine Revolution gehabt haben, und wir wissen auch, dass die Herren, die gestern regierten, nicht wiederkommen werden. Wir in Bayern haben Vertrauen. Es ist uns bereits gelungen mit der tschechischen Republik in Verbindung zu treten. Wodurch haben wir das erreicht? Nur dadurch, dass wir in vollkommener Offenheit verhandelt haben. So kommen wir auch nur zum Frieden. Aber in Berlin ist keine Regierung, die Frieden schliessen kann. Auch eine Nationalversammlung, die einberufen würde, würde keine Regierung schaffen, die fähig wäre, den Frieden zu schliessen. Was notwendig ist in Berlin, ist, dass die Massen sich rühren und ihrerseits eine aktionsfähige Regierung einsetzen. Bis dahin wird München allerdings der Vorort von Deutschland sein müssen.

Meine Herren! Die amtlichen Berichte, die uns in Berlin vortragen worden sind, lassen keinen Zweifel darüber, dass, wenn wir nicht sofort von der Entente Lebensmittel bekommen, wir untergehen. Wir verhungern. . . . Liegen die Dinge so, dann können Sie ermessen, welcher verbrecherische Wahnsinn dazu gehört, heute noch diese Treibereien gegen die Entente fortzusetzen, mit Protestkundgebungen wegen Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen wie Herr Erzberger zu arbeiten, und alles nur von einer kleinen Horde von Menschen, die für ihre Existenz fürchten und die am Leben bleiben wollen und deshalb heute noch die ganze Welt in Unordnung bringen.

Das, meine Herren, wollte ich Ihnen heute sagen und das ist der Sinn meiner Aktion gegen Berlin; ich habe nicht den Zweck, Bayern loszulösen vom Reiche, sondern handle aus der Erkenntnis, dass, wenn die Massen in Berlin nicht aufwachen und eine neue Regierung der auswärtigen Angelegenheiten schaffen, wir nicht zur Ruhe und nicht zum Frieden kommen. Deshalb versuche ich von hier aus, jetzt das Notwendige, das Notwendigste zu tun. Ob es gelingt, dass weiss ich nicht. Aber wir haben keinen anderen Weg, wir müssen zum Frieden kommen und ich appelliere an dieser Stelle an die Völker der Entente. Wir wollen nicht als Bittsteller kommen, nicht als Bettler, das tun wir nicht, wir kommen als Menschen, die das Bewusstsein haben, dass wir aufgeräumt haben hier in Bayern mit den Verantwortlichen des alten Systems. Wir kommen mit reinen Händen. Wir, die wir die Regierung hier leiten, haben von Anfang des Krieges an gegen die Kriegspolitik gekämpft, unter persönlichen Opfern, mit Hintansetzung aller Interessen, im Kampfe gegen die eigene Regierung bis zum Tode entschlossen. Deshalb dürfen wir so zur Entente reden: Wir sind Menschen, wir sind Vertreter von 70 Millionen Menschen, die leben wollen. Euere Pflicht drüben, ihr, unsere „Feinde“, ist jetzt, zu vergessen und mit uns gemeinsam zu arbeiten und die neue Welt aufzubauen.

Meine Herren! Zum Schlusse — und das will ich auch, ich weiss nicht, ob es gehört wird, über die Grenze hinübrufen —: Man

fürchtet sich drüben vor dem Bolschewismus, wie man sich auch bei uns fürchtet. Diese Furcht ist entstanden dadurch, dass wir Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet, also das russische Beispiel in dieser Hinsicht nachgeahmt haben. Aber, meine Herren, wir, die wir ja Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bilden, wir wissen ganz genau, dass wir die russischen Methoden weder angewandt haben noch die russischen Ziele verfolgen. Russischen Bolschewismus gibt es nicht in Deutschland, vielleicht mit Ausnahme einiger Phantasten. Wir glauben nicht, dass auf russischem Wege das Ziel erreicht werden kann, das uns vorschwebt, die Demokratie und die sozialistische Gesellschaft. Wir glauben nicht, dass es uns möglich ist, die Produktion in dem Augenblicke zu vergesellschaften, wo die Produktion vollständig zerrüttet ist. . . .

Wir wollen durch Arbeit, unmittelbare schöpferische Tätigkeit den Wiederaufbau Deutschlands so rasch wie möglich im Interesse der Gesamtheit zu Ende bringen und zu dieser Arbeit müssen uns die Völker drüben helfen.

Ich habe den festen Glauben, wenn erst jene Elemente ausgetilgt sind, die noch von gestern übriggeblieben sind, dann kommen wir zu diesem Ziele. . . Deshalb zunächst der Kampf mit allen Konsequenzen gegen die Berliner Regierung, soweit sie vertreten ist im Auswärtigen Amte; zweite Aufgabe: sofortiger Frieden. Das wird die Aufgabe der bayerischen Regierung sein, zu versuchen, ob das ihr möglich ist, wenn Berlin versagt. Kein Separatfrieden, sondern der Versuch, für ganz Deutschland den Frieden zu bewirken.

Nr. 12

Auseinandersetzung im Landessoldatenrate. 30. November bis 3. Dezember 1918.

Auszug nach den Stenographischen Berichten

In seiner Eröffnungsrede wiederholt der Ministerpräsident im wesentlichen die am 28. November in der Sitzung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates ausgesprochenen Gedanken. Doch wird an seiner Politik nun lebhaft Kritik geübt, meist von Vertretern aus der Provinz. (Reden von Müller, Höllenreiner, Leutnant Nieberl, Brenner-Augsburg, Kothieringer-Augsburg, Weigel-Erlangen, Prem, Henne-München, Lang-Kissingen.)

Die Redner verweisen auf die Gewaltpolitik der Entente mit ihren vernichtenden Wirkungen für Deutschland, erklären

es für unmöglich, einen Separatfrieden zu schliessen und geben der Anschauung Ausdruck, dass nur eine konstituierende deutsche Nationalversammlung in der Lage sei, den Frieden herbeizuführen. Sie bezweifeln, dass die gutgläubige Zuversicht des Idealisten Eisner berechtigt sei. Sie wünschen dokumentarische Unterlagen dafür zu sehen, dass der von ihm unternommene Versuch, mit der Entente in Verhandlungen zu kommen, Aussicht habe. Der Ministerpräsident habe hierüber keine Sicherheit geben können, er müsse aber doch durch den Gesandten Foerster in der Schweiz informiert sein, wie sich die Entente zu ihm stellen wolle.

Gegen das Schuldbekentnis und die Aktenveröffentlichung werden ernstliche Einwendungen erhoben. Es sei verfehlt und politisch zwecklos, da die Entente es nicht in dem gewünschten Sinne aufgenommen habe.

Der Bruch mit der Reichsleitung erregt Beunruhigung und Widerspruch, ebenso die damit in Zusammenhang stehende überscharfe Kundgebung des Vollzugsausschusses des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates gegen sozialistische Mitglieder der Reichsregierung. Man befürchtet von alledem Gefahren für die Reichseinheit.

Es wird auch angeführt, dass Eisner selbst nicht völlig unbelastet erscheine, da er im Augenblicke des Kriegsausbruches im August 1914, wenn auch nur vorübergehend, für die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie eingetreten sei. Ferner wendet sich ein Redner gegen die „Kabinettpolitik“, von der die Räte nicht unterrichtet worden seien. Auch darauf wird hingewiesen, dass der Gesamtministerrat sich über die Methode der auswärtigen Politik keineswegs einig sei.

Dem gegenüber bleiben die Münchener Vertreter (Schröder) dabei, dass der Friede über Bayern kommen werde. Man werde ohne Nationalversammlung zu einem Präliminarfrieden gelangen, wenn eine Regierung wie die bayerische mit reinen Händen die Verhandlungen aufnehme, auf der Grundlage des Vertrauens, das sie bei den bisherigen Feindstaaten zu geniessen in der Lage sei.

Die vom Landessoldatenrat bestellte Kommission für auswärtige Angelegenheiten berichtet nach persön-

licher Aussprache mit dem Ministerpräsidenten und nach Einsichtnahme in die schriftlichen Unterlagen wie folgt:

Die Kommission ist zunächst auf Grund der persönlichen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten zu der Überzeugung gekommen, dass Eisner eine durchaus ehrliche Friedenspolitik treibt. Die Unterlagen, die er uns mitteilte, lassen die Aussicht begründet erscheinen, dass die Entente mit ihm in Verhandlungen über einen Vorfrieden eintreten wird. Feste Zusicherungen über das Gelingen seiner Bemühungen können heute noch nicht gegeben werden. Die Kommission glaubt jedoch, dass bei der hohen Wichtigkeit des angestrebten Zieles ein Versuch auf der Eisnerschen Grundlage nicht unterlassen werden darf. Eisner geht hier von der Voraussetzung aus, dass die deutsche Nationalversammlung den Vorfrieden zu bestätigen habe.

Am Abend des 2. Dezember folgt eine von Eisner verlesene Erklärung des Gesamtministeriums. Sie erhebt den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands auf föderativer Grundlage zum Programmpunkt und übernimmt dem Auslande gegenüber die Bürgschaft, dass das neue bayerische Staatswesen sich in Ruhe entwickeln werde. Die Methode des Terrors und der privaten Expropriation wird abgelehnt, jedoch die Entwicklung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu mitwirkenden Körperschaften in der neuen Ordnung anerkannt. Abschaffung der stehenden Heere in aller Welt und baldige Einberufung der bayerischen Nationalversammlung bilden die Schlusspunkte.

Noch am gleichen Tage macht der Ministerpräsident auf Grund dieser Verhandlungen der Reichsleitung den unter Nr. 13 folgenden Vorschlag

Nr. 13

Bayerischer Antrag an die Reichsregierung auf eine neue Staatenkonferenz.

Telegramm

München, den 2. Dezember 1918

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, dass sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kund-

gebung der äusseren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerlässlichen Programmpunkten gehören die Fragen der Nationalversammlung, der Besetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin und der Aktenveröffentlichungen. Die Konferenz soll je nach der Grösse der Bundesstaaten aus 1 bis 3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern:

Kurt Eisner

Nr. 14

Geheimer Beschluss des Ministerrates vom 3. Dezember¹⁾

Es besteht Einverständnis, dass Ministerpräsident Eisner die Beziehungen zum Auswärtigen Amt wieder anknüpft, wenn Solf und Erzberger ausscheiden. Erzberger hat einen Kommissar beigeordnet erhalten.

Nr. 15

Beschluss des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin

Telegramm²⁾

Berlin, den 3. Dezember

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin fordert im Einverständnis mit dem Vollzugsausschusse des Arbeiter- und Soldatenrates von Bayern, dass die bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts Solfs schleunigst erfüllt wird.

Zweitens, dass an Stelle Solfs ein Mann tritt, der stets Gegner des alten Systems und dessen Kriegspolitik war.

Drittens die Zusicherung, dass Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht mehr teilnimmt.

¹⁾ Verhandlungsniederschrift des Ministerrats im Ministerium des Aussern.

²⁾ Abgedruckt im stenographischen Bericht der 6. Sitzung des Landessoldatenrates.

Nr. 16

Die Reichsregierung an die Bayerische Regierung¹⁾

Berlin, den 4. Dezember 1918

Der Wunsch der Bayerischen Regierung auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der deutschen Freistaaten nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Ort hat die Reichsregierung in ihrer heutigen Sitzung beschäftigt. Wir sind zu dem einmütigen Beschluss gelangt, von der Einberufung einer solchen Konferenz abzusehen, weil nach unserer Ansicht kein genügender Grund für ihren Zusammentritt vorliegt. Die Reichsregierung hat das Programm ihrer äusseren und inneren Politik in ihren Kundgebungen festgesetzt. Die erste Reichskonferenz in Berlin hat sich mit ihr auf den gleichen Standpunkt gestellt. Auch uns beschäftigt der Gedanke, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Freistaaten geschaffen werden muss. Es liegt uns seit einigen Tagen hierzu ein Vorschlag Preussens vor, der gründlich geprüft werden wird. Vor einer Neuregelung der Angelegenheit werden die einzelnen Staaten Gelegenheit haben, ihrerseits Stellung zu nehmen. Die politischen Akten des alten Regimes sind von uns in Verwahrung genommen, und es ist alles geschehen, um Publikationen aus den Archiven mit gründlicher Sorgfalt vorzubereiten. Wegen der Neubesetzung des Auswärtigen Amtes wird im Kabinett beraten.

Die Reichsregierung

Ebert

Nr. 17

Im Vorparlament

In den Verhandlungen des provisorischen bayerischen Nationalrates vom 13. bis 18. Dezember bilden die Friedenspolitik des Ministerpräsidenten und seine Aktenveröffentlichung, ähnlich wie bei den vorausgegangenen Tagungen der Räte, einen wichtigen Gegenstand.

Es wird Einspruch erhoben gegen die Vorstellung, dass Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage, und dass man mit einem Schuldbekenntnis die Gegner versöhnlich stimmen könne.

¹⁾ Urschrift im Auswärtigen Amt in Berlin.

Aus der Rede von Professor Dr. Quidde (Stenogr. Bericht der 4. Sitzung vom 17. Dezember 1918):

Als die neue Regierung ins Leben trat, hat uns der Herr Ministerpräsident verkündet, er werde von München aus für das Deutsche Reich den Frieden bringen. In der Proklamation vom 7./8. November hiess es:

„Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt.“

Wenn man heute dieses Wort liest, ich glaube, dann darf man sagen: O, welche Illusion und welche phantastische Idee, hier von Bayern aus dem Deutschen Reiche den Frieden bringen zu können!

Der Herr Ministerpräsident hat uns auch gesagt, dass er durch Verhandlungen mit den Tschechen, durch seine Beziehungen zu der tschechischen Republik uns Vorteile in bezug auf die Kohlenversorgung bringen werde. Wir haben vor wenigen Tagen aus dem Munde des Herrn Ministers Auer gehört, dass sich nichts von dem verwirklicht hat. Ebenso wenig hat sich verwirklicht die Hoffnung, durch Fühlungnahme mit Clémenceau über München dem Deutschen Reiche den Frieden bringen zu können. Das sind Illusionen gewesen, Phantastereien gewesen, die beweisen, dass der Herr Ministerpräsident die Tatsachen der auswärtigen Politik nicht nüchtern einschätzen kann. . . .

Es kommt jetzt nicht darauf an, ob von München aus die Idee der neuen demokratischen sozialistischen Republik verkündet wird, dafür geben die Gegner nichts, das ist nicht entscheidend für die Friedensbedingungen. Sie wollen vor sich haben eine verhandlungsfähige Regierung, eine verhandlungsfähige Regierung nicht bloss für Bayern, sondern für Deutschland. Man kann vielleicht den Frieden von München aus anknüpfen, kann nützliche Vermittlungsarbeit leisten, aber den Frieden zu schliessen, dazu bedarf es einer Regierung, die das ganze Deutsche Reich vertritt. Den Gedanken eines Sonderfriedens für Bayern aber weisen wir mit aller Schärfe zurück. Das wäre der Anfang zur Zertrümmerung des Reiches und wir wollen die Einheit des Reiches aufrechterhalten.

Ich habe den Eindruck, der Herr Ministerpräsident hat sich den stärksten Illusionen über die Auffassung im Ententelager hingegeben. Er hat am 15. November gesagt:

„Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen.“

Ich glaube, von diesem menschlichen Verständnis und Vertrauen des Patrioten, der die französische Republik leitet, des Herrn Clémenceau, haben wir bisher verflucht wenig verspürt.

Herr Eisner schüttelt den Kopf, ich habe geglaubt, er würde mir zustimmen, dass er sich getäuscht habe. Wir alle haben Veranlassung, vor der Menschheit Klage zu erheben gegen die Art, wie der Waffenstillstand gegen uns durchgeführt wird, Klage gegenüber dem Friedensprogramm, das von massgebenden Personen in Frankreich in Widerspruch zu den Sozialisten, in Widerspruch zu den Gesinnungsgenossen des Herrn Eisners aufgestellt wird. Ich glaube, es ist ebenso eine Illusion, dass wir bessere Bedingungen bekommen, wenn wir uns selbst recht erniedrigen. Es ist bei vielen jetzt eine förmliche krankhafte Vorstellung, so krankhaft wie die Wahnidee des Militarismus während des Krieges, dass wir im Büssergewande den Feinden gegenüber treten müssten, dass uns das Sympathien verschaffe....

... Es wird einmal eine gründliche Aufklärung geschaffen werden müssen und gründlich im Lande abgerechnet werden müssen. Aber das, meine ich, sollen wir verschieben, bis wir den Frieden haben und volle Ruhe und Ordnung....

Wir sollten in diesen Tagen des schweren nationalen Unglücks, in diesen Tagen, wo die ganze Welt darnach trachtet, uns mit Friedensbedingungen niederzudrücken und wo wir auf der Gegenseite nur eine verhältnismässig kleine Zahl allerdings hoffentlich einflussreicher Personen haben, die an dem Gedanken der Gerechtigkeit festhalten, wir sollten heute stolzer als je und erhobenen Hauptes als Deutsche dem Ausland gegenüber treten. Lassen Sie mich Ihnen das als Pazifist sagen.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Schwarzer bemerkt unter anderem (Stenogr. Bericht der 5. Sitzung vom 18. November 1918):

Das einzige, was den Franzosen und unseren Feinden vielleicht noch nicht ganz aus ihrem Gedächtnisse herauszubringen war, das war die Belastung ihres Gewissens, dass auch sie von der Schuld am Kriege jedenfalls nicht ganz freigesprochen werden können....

In diesem Augenblicke des Jubels und des Siegfieorns bringt man dem französischen Volke und unsern Feinden noch das Geschenk der Gewissensentlastung, damit sie sich tatsächlich freuen und sagen können: Wir sind doch die besten und bravsten Menschen der ganzen Welt.

Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Eduard Schmid beruft sich auf ein Wort Ledebours im Reichstage, dass die Schuld am Kriege erst nach eingehender Prüfung der gesamten Akten und aller diplomatischen Verhandlungen richtig festgestellt werden könne und fügt an:

Man muss die Geheimakten vergleichen können. Was aus den Geheimakten, die die russischen Bolschewisten veröffentlicht haben,

hervorgegangen ist, hat anders gelautet. Die Bolschewisten haben bewiesen, dass Russland zum Kriege getrieben hat. . . . Wir von unserem proletarischen Standpunkt aus haben auszusprechen: schuld an dem fürchterlichen Morden werden alle Regierungen zusammen sein. . . . Darum wollen wir doch Klugheit in unserer Politik walten lassen und in aller Wahrheitsliebe, die uns beseelt, unsere Schuld im gegenwärtigen Moment nicht noch grösser machen, als sie schon ist; denn nicht die Schuldigen werden büssen, sondern wir, das geplagte, gequälte Volk wird dieses Bad austrinken müssen, das uns die anderen bereitet haben. Darum nach dieser Richtung mehr Vorsicht, Besonnenheit, im Interesse des werktätigen Volkes!

* * *

Aus den Erwiderungen des Ministerpräsidenten (Stenogr. Berichte der 4. und 5. Sitzung vom 17. und 18. November):

Das Auswärtige Amt existiert heute nicht mehr. Es ist ausgeräuchert. . . .

Die auswärtige Politik, die ich treibe, ist nicht ein Originalgedanke von mir. Diese auswärtige Politik beruht auf dem Gedanken, mit dem die internationale Sozialdemokratie geboren wurde. So heisst es in der Inauguraladresse aus dem Jahre 1864 ungefähr, dass die Beziehungen zwischen den Völkern diktiert werden müssen durch dieselben einfachen Gesetze der Ehre und Sittlichkeit, die zwischen den Angehörigen derselben Nation bestehen müssen. Das ist das ganze Geheimnis und die einzigmögliche Fruchtbarkeit auswärtiger Politik. Das erklärt alle meine Massnahmen und alle meine Kundgebungen.

Herr Professor Quidde irrt sich ausserordentlich über den Eindruck, den gerade meine Kundgebungen im Auslande hervorgerufen haben. Ich möchte ihn dringend bitten, mir Beweise dafür zu geben, dass diese Auslassungen nicht zu unseren Gunsten gewirkt haben. Wenn ein englisches antideutsches Blatt von einer moralischen Revolution in Bayern gegen das bisherige System sprach, wenn es davon sprach, dass die bayerische Revolution nicht hervorgerufen sei durch Lebensmittelnot oder durch den militärischen Zusammenbruch, sondern durch eine moralische Auflehnung gegen das alte System, so frage ich den Herrn Vorredner, ob das zu unseren Gunsten oder zu unseren Ungunsten ist. Wir haben gegenwärtig keine andere Einwirkung auf das Ausland als moralische Einwirkung. . . .

Wir haben immer noch nicht ganze Arbeit geleistet. Noch leben die Agenten in Bern, noch arbeiten sie, das Werk ist noch nicht getan, aber wir werden es fortsetzen und fortsetzen werden wir auch den Kampf um die Wahrheit über den Krieg, da können wir

nicht warten bis zum Frieden; denn diese Wahrheit ist die Vorbedingung jenes Vertrauens, das Herr Dr. Quidde am Schlusse seiner Rede als Grundlage des Völkerlebens gepredigt hat. Ich hoffe, dass die Urkunden bald von Berlin aus kommen werden; sie werden reinigend wirken und wir von Bayern aus könnten sie ja dann vielleicht ergänzen, auf sehr interessante Weise ergänzen.

* * *

Es ist selbstverständlich Pflicht jeder revolutionären Regierung, dass sie das System der früheren Regierung entlarvt. Noch niemals hat eine revolutionäre Regierung darauf verzichtet. Die Aktenstücke der deutschen Regierung werden vollständig in allernächster Zeit veröffentlicht werden . . . Ob die Wahrheit nützt oder schadet, die Wahrheit muss gesprochen werden . . . Man soll nicht damit arbeiten, dass, wenn wir die Wahrheit über uns selbst sagen, es draussen unangenehm berührt. Die Aktenveröffentlichung hat — und dafür könnte ich Ihnen bergehohes Material vorlegen —, wenn überhaupt irgend etwas günstig für uns gewirkt hat, günstig gewirkt . . . Wenn man diese weitzurückliegenden Ursachen (des Weltkrieges) erörtert, kann man vielleicht bis 1813/15 zurückgehen. Darum handelt es sich nicht, wenn man die Frage der Kriegsschuld betrachtet, sondern nur darum, wer hat die Verwegenheit besessen, in einer explosiven Welt den Funken hineinzuwerfen und anzuzünden.

Darum handelt es sich und darüber ist gar kein Zweifel. Noch niemals ist die Ursache eines Krieges, der unmittelbare Anlass, die unmittelbare Herbeiführung eines Krieges so klar gewesen wie in diesem Kriege. Die ganze Welt weiss es, jedes neutrale Land . . .

Man wirft uns aber vor, dass wir in Deutschland, die Schuldigen des Krieges, die Alten geblieben seien, dass das neue System noch die Verantwortung übernimmt für das alte, und das wäre unser letztes Verderben, wenn wir diese Schuld auf uns lasten lassen wollten; deshalb ist Reinigung, Entsühnung die erste Forderung der Politik. Was hat man denn in der Hetzpresse des Auslandes von unserer Revolution gesagt? Immer nur: „Diese Revolution ist ja gar nicht wahr, die ist Schwindel, sie ist gemacht worden von den Herrschenden von gestern, nur um die Völker des Auslandes zu betrügen.“ Die herrschenden Hetzer im Auslande fürchten sich vor ihren Völkern und deswegen sollen die fremden Völker nicht Vertrauen zum neuen deutschen Volke bekommen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Vertrauen zu verdienen und zu erarbeiten. Darum handelt es sich und wer recht behält, das wird die Zukunft beweisen.

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Bern, den 22. Dezember 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Zunächst möchte ich berichten, dass ich die telegraphisch erhaltene Weisung betreffend Wahlerlaubnis¹⁾ in den besetzten Gebieten der Pfalz sofort an das politische Departement der Eidgenossenschaft zur Weiterleitung nach Paris gesandt habe. Antwort ist noch nicht eingetroffen. Ebenso habe ich einem nach Paris gehenden Vertrauensmann der dortigen Regierung eine eingehende Information über das positive Wirken unserer Arbeiter- und Soldatenräte mitgegeben. Doch scheint man gerade in Frankreich sehr die ansteckende Wirkung dieser revolutionären Instanzen auf die besetzenden Truppen zu fürchten.

Die Einreiseerlaubnis für Herrn W. Franke wurde beantragt.

In meinem letzten Briefe stellte ich in Aussicht, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass der bereits in meinen früheren Berichten erwähnte²⁾ ganz persönliche Vertrauensmann Clémenceaus nach München käme. Um jedes Missverständnis auszuschliessen bemerke ich, dass es sich hierbei nicht um einen von Clémenceau ausgehenden Antrag handeln würde, genau so wenig wie das in den bisherigen Unterredungen des Betreffenden mit mir der Fall war, sondern einfach darum, dass der Erwähnte, wahrscheinlich sogar ohne Wissen Clémenceaus, ganz als Privatmann zum Zwecke zuverlässigster Information nach München käme. Es scheint jedoch, dass diese Möglichkeit zurzeit etwas in die Ferne gerückt ist, weil allen meinen Eindrücken nach auf Seite der Entente-Leute die Parole ausgegeben ist, zunächst Besprechungen mit deutschen Vertretern aus dem Wege zu gehen, bevor nicht in Paris allgemeine Richtlinien für die weitere Behandlung der deutschen Frage zwischen den beteiligten Staatsmännern vereinbart worden sind. Auch der übermässige Zudrang aller möglichen deutschen Elemente, die seit einigen Wochen hier an den Entente-Gesandtschaften antichambrieren, mag zu der erwähnten reservierten Haltung beigetragen haben. Hingegen scheint man sich mehr und mehr dahin zu entscheiden, dass von offiziellen und inoffiziellen Vertretern der Entente-Mächte Deutschland bereist

¹⁾ Telegramm des Ministerpräsidenten vom 17. Dezember 1918:
Bitte Entente den Wunsch zu übermitteln, dass sie in der Pfalz Wahlbewegung und Wahlen für Nationalversammlung zum 12. Januar ermöglicht.

Kurt Eisner

²⁾ Siehe III, 11.

werden solle, damit zuverlässige Informationen als Unterlage der Ernährungsaktion und besonders der Kreditgewährung gewonnen werden. Heute war der ganz offizielle Kommissär der amerikanischen Regierung, Mr. Draesel, bei mir, der zunächst nach Berlin geht und sich dann in München bei Ihnen melden wird. Er ist sozusagen ein Vorbote der Ernährungskommission, er will wissen, ob eine stabile Regierung in Deutschland zu erwarten ist. Es wird gut sein, ihn auch mit Herrn Eiffe bekannt zu machen und ihn ferner einmal am Nachmittage durch die ärmeren Quartiere Münchens führen zu lassen.

Soeben teilt mir Mr. Draesel mit, dass er doch lieber zuerst nach München gehen will, womöglich schon Donnerstag. Es ist in diesem Falle unbedingt notwendig einen Sonderzug bereitzustellen, denn von solchen Besuchen hängt jetzt Deutschlands Leben und Sterben ab. Da Mr. Draesel auch nach Berlin geht, so ist es ja nur in der Ordnung, dass Berlin sich beteiligt. Alles Nähere wird telegraphisch angemeldet werden.

Neben dem Vertreter des Progrès de Lyon, der schon bei Ihnen war, haben sich heute für die Reise nach München zwei höchst intelligente und objektiv urteilende französische Journalisten gemeldet: M. de Kucharski (Matin) und Marcel Rey, die von München nach Prag weiterreisen wollen. Die Herren werden sich sofort bei Ihnen melden. Es wäre gut, sie an Versammlungen teilnehmen zu lassen, sie verstehen und sprechen gut deutsch.

In bezug auf die allgemeinen Absichten der Entente-Völker gegenüber Deutschland glaube ich folgendes feststellen zu können: Frankreich ist noch von völligem Misstrauen erfüllt: Greift kein Militär ein, so heisst es: voilà l'anarchie et le bolschévisme — wird mit Truppen gedroht, so heisst es: voilà la contre-révolution! Der Franzose, der von der Idee ausgeht, vermisst bei uns noch jede Spur von „repentir“ und glaubt daher an keine gründliche Umkehr. Die Leitartikel des „Temps“ bestätigen das immer wieder. Ich zitiere folgende treffende Worte aus dem „Temps“ Nr. 20 979 in bezug auf Eberts Rede zu den Truppen:

L'hiver dernier le prince Max affectait de dire qu'il fallait remettre en honneur le Sermon de Montagne. Il a oublié ce projet quand il a passé au pouvoir, mais son successeur a depuis un an l'occasion d'accomplir son voeu. Ce serait bien le moment de prêcher en Allemagne un retour à la morale chrétienne, ou bien à la morale tout court. Ce serait le moment d'expliquer à ces adorateurs du dieu Thor et du demi-dieu Bismarck que la défaite doit être la source du repentir et que le repentir est le seul chemin de la réhabilitation.

Die Aufklärungspropaganda in bezug auf die Schuldfrage ist aus diesem Grunde höchst wichtig. Für Frankreich ist ein neuer Geist in Deutschland weit entscheidender als neue Institutionen.

Ich möchte deshalb sehr befürworten, dass man den Herren von der Freien Zeitung, die in der Schuldfrage ganz ausgezeichnet gearbeitet haben, ihre Absichten in Deutschland möglichst erleichtert.

Die Amerikaner fragen weniger nach der Schuldfrage, ihnen kommt alles auf die praktische Frage an, ob sich bei uns eine wirklich demokratische Regierung mit vollkommener Ordnung durchsetzen kann, so dass die Lebensmitteltransporte nicht in ein Chaos hineinkommen. Es werden keine Abmachungen stattfinden, bevor über diesen Punkt keine zuverlässigen Informationen vorliegen. Daher ist die Mission des Mr. Draesel in bezug auf die materielle Versorgung Deutschlands ganz entscheidend.

Was England betrifft, so scheint es mir nach vielen Informationen, als ob dort eine neue Orientierung in bezug auf Deutschland zum Durchbruch käme, die möglicherweise auch in Kapitalanlagen grossen Stils — schon um uns nicht ganz in amerikanische Abhängigkeit zu bringen — ihren Ausdruck finden könnte. Damit hängen viele an mich gelangende Anfragen von englischer Seite zusammen in bezug auf die baldige Möglichkeit geordneter Zustände in Deutschland. Mr. Henderson war kürzlich in Genf; ich konnte Informationen beruhigender Art in bezug auf die Konsolidierung der Ordnung in Deutschland in seine Hände gelangen lassen.

Ein Mitglied der Independant Labour Party, Member of Parliament, schrieb mir von London aus einen Brief, dessen Kopie ich beilege. Diesen Brief darf ich wohl ganz besonderer Vorsicht empfehlen, damit nichts daraus in die Zeitungen komme¹⁾.

Als meine Hauptaufgabe betrachte ich hier, durch Exposés, die ich in die mir zugänglichen Kreise der Entente gelangen lasse, sowie durch mündliche Informationen das Vertrauen zur deutschen Ordnung und zu allmählichem Durchbruch der Wahrheit zu stärken...²⁾

Fr. W. Foerster

¹⁾ Der Brief stammte von Stephen Sanders, Sekretär der Fabian-Gesellschaft und gab der Befürchtung Ausdruck, dass eine Reichsregierung mit Scheidemann, Ebert und Landsberg, aber ohne Ledebour und Liebknecht zwar neue Männer aufweise, dass aber die alten Methoden geblieben seien.

²⁾ Es folgen noch Mitteilungen über den deutschen Handelsverkehr und die Tätigkeit deutscher wilder Aufkäufer in der Schweiz, wovon der Gesandte warnt.

Aus dem Begleitschreiben Foersters zu handelspolitischen Berichten der Berner Gesandtschaft¹⁾

Bern, den 22. Dezember 1918

Was den Vorschlag des Herrn Dr. Lindner hinsichtlich einer bayerischen Ausfuhrzentrale betrifft, so wäre eine baldige Verwirklichung schon deshalb wünschenswert, damit von da aus eine Handhabe gegeben würde, die Präsidialmacht Berlins ganz konkret-praktisch auszuschalten. Da Erhaltung und Ausbau der Reichseinheit schon aus ökonomischen Rücksichten ganz unentbehrlich ist, so wird die blosser Betonung der Sonderrechte der Bundesstaaten gar keinen greifbaren Effekt haben. Es kommt darauf an, durch föderative Zusammenfassung aller Sonderinteressen eine neue Reichsinanz zu schaffen, der sich dann die Berliner Zentralen als dienende Organisationen zu unterwerfen hätten. Dies könnte so geschehen, dass Bayern die Gründung von Ausfuhrzentralen im ganzen Reiche anregt, worauf dann diese Zentralen eine Oberinstanz in Frankfurt, Hamburg oder Berlin schaffen müssten, die an die Stelle einer jetzt etwa in Berlin entstehenden bürokratischen Reichsexportstelle zu treten den Anspruch erheben müsste. An ein solches Vorgehen, das eine symbolische Bedeutung haben würde für den Weg, der auf allen Gebieten gegangen werden müsste, um die Föderativzentrale an die Stelle der Berliner Hegemonie zu setzen, könnten sich dann die verschiedensten anderen Versuche anschliessen, die Sonderinteressen zur Geltung zu bringen, sie aber zugleich der Reichseinheit zu unterwerfen. Es ist zweifellos, dass uns auf diesem Wege die deutschen Hansastädte ganz besonders lebhaft entgegenkommen und uns durch ihre überragende kommerzielle Erfahrung in den Stand setzen würden, dem von Berlin ausgehenden Zentralismus wirksam zu begegnen.

Auch wenn uns gerade auf dem Boden der Nationalversammlung eine neue Reichseinheit begründet wird, ist es von grösster Bedeutung, dass jene neue Zentrale von beratenden und kontrollierenden Körperschaften umgeben sei, die auf dem Prinzip des föderativen Zusammenwirkens der verschiedenen geschichtlichen Lebenskreise aufgebaut sind und dadurch ein Gegengewicht gegen die Gefahren einer zentralistischen Bürokratie bieten.

Fr. W. Foerster

¹⁾ Siehe V, 18, Anm. 2.

**Badisches Ministerium des Äusseren an das
Ministerium des Äusseren in München**

Karlsruhe, den 27. Januar 1919

Nach zuverlässigen Informationen, die wir aus der Schweiz erhalten haben, ist der Einfluss des Deutschen Reiches dort deswegen so gering, weil die Gesandtschaft auf der einen Seite nicht so arbeitet, wie sie sollte und weil sie auf der anderen Seite insbesondere durch die bayerische Sondergesandtschaft gehindert ist. Neuerdings hat Bayern auch eine Handelsabteilung eingerichtet, die ohne jede Verbindung bisher mit der Handelsabteilung des Deutschen Reiches stand. Wenn die Schweiz auch mit dieser Handelsabteilung arbeitet, so hat das getrennte Vorgehen doch zur Folge, dass gegebenenfalls der eine gegen den andern ausgespielt wird oder die Massnahmen des einen die des andern durchkreuzen. Will Deutschland im Auslande überhaupt wieder zu Ansehen kommen, und hier kommt zuerst in Betracht das neutrale Ausland, so muss es nach aussen hin seine Einheit dokumentieren, und das geschieht dadurch, dass nicht die verschiedenen Bundesstaaten im Auslande auf eigene Faust handeln, sondern dass für sie und damit für das Reich die deutsche Gesandtschaft und deren Organe handeln.

Dieser Gedanke ist übrigens auf der Stuttgarter Konferenz anerkannt worden und das sollte gefördert werden durch die süddeutsche Kommission, die bis heute nicht zustande gekommen ist. Will man sie nicht, so muss man aber in vollem Umfang das Reich gelten lassen und sich dessen Vertretung bedienen, wenn man im Auslande etwas will. Wir möchten daher nochmals die dringende Bitte stellen, Sonderaktionen im Auslande zu unterlassen und entweder das Reich wieder in alle seine Rechte einzusetzen oder aber ein gemeinschaftliches Handeln der vier süddeutschen Staaten durch Schaffung der süddeutschen Kommission zu sichern.

VI

Besondere Schicksale der bayerischen Dokumente

I

Unter dem Titel „Die Entstellung der Wahrheit durch Eisner“ schrieb der Geheime Legationsrat H. von Schoen, der Verfasser des Gesandtschaftsberichtes vom 18. Juli 1914, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. August 1919 (Nr. 364) einen Aufsatz, worin er darlegte, dass sein Bericht bei der Veröffentlichung in einer sinnentstellenden Weise gekürzt worden sei.

Durch Wiedergabe weggelassener Stellen, besonders derjenigen, die von der Lokalisierung des serbisch-österreichischen Konflikts und den darauf gerichteten Absichten der deutschen Reichsregierung handeln, lenkt der Artikelschreiber das Interesse der Öffentlichkeit auf den Wortlaut seines Gesandtschaftsberichtes hin. Einige Tage später erschien dieser in vollem Umfang in der Deutschen Allgemeinen Zeitung.¹⁾

Der Aufsatz Schoens sagt einleitend, Eisner habe die Welt glauben machen wollen, dass Deutschland im Juli 1914 den europäischen Krieg gewollt und betrieben habe. Der Bericht vom 18. Juli 1914 aber zeige im Gegenteil, „dass die Reichsleitung auf die Lokalisierung des Konflikts zwischen Österreich und Serbien hinarbeitete und ernstlich bestrebt war, den Ausbruch eines europäischen Krieges hintanzuhalten.“

Er macht dann folgende Bemerkungen:

Worum es sich in meinem Bericht handelt, habe ich in dessen Eingang mit den Worten gesagt: Ich beehre mich „über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinander-

¹⁾ Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 386 vom 10. August 1919.

setzung mit Serbien das Nachstehende zu berichten.“ Diesen Passus hat Eisner unterdrückt, um die Aufmerksamkeit davon abzulenken, dass das Thema des Berichts die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien bildet und um die Meinung hervorzurufen, als habe der Verfasser nicht diesen, sondern einen allgemeinen europäischen Konflikt im Auge.

In meinem Bericht heisst es dann weiter: „Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Österreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Österreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird. (Anmerkung: Wie bekannt, enthielten die Ziele der österreichischen Aktion tatsächlich keine Annexionsgedanken; vgl. Deutsches Weissbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges Seite 67). In ersterem Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren¹⁾, im anderen Falle dagegen wären größere Verwicklungen wohl unausbleiblich.

Diesen ganzen Satz hat Eisner gestrichen! Statt dessen sucht er durch die Bemerkung „es wird dann in diesem Bericht des Grafen Lerchenfeld an Graf Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert“, auch hier den Eindruck zu erwecken, als ob es sich nicht so sehr um den österreichisch-serbischen Konflikt, als um einen Anschlag Deutschlands gegen den Frieden gehandelt habe.

Und nun kommt der Kernpunkt des Berichts, der für die ganze Beurteilung der Lage und für die Absichten der Reichsleitung entscheidend ist: nämlich die Darlegung dessen, was die Reichsleitung zur Vermeidung einer Ausdehnung des österreichisch-serbischen Konflikts zu unternehmen gedachte. Das alles hat Eisner nicht veröffentlicht, vielmehr nur einen Satz aus dem Zusammenhang herausgerissen.

[Es folgt die Wiedergabe eines Absatzes, der von der Lokalisierung des Krieges handelt.]

Deutlicher als diese, auf den Mitteilungen des damaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann beruhende Darlegung kann wohl nichts beweisen, daß der Wunsch der Reichsleitung dahin ging, eine Ausdehnung des Konflikts, in den Deutschland hineingezogen werden könnte, zu vermeiden.

Auch im folgenden arbeitet Eisner mit der Schere. So fehlen in seiner Wiedergabe die Sätze: „England wird Österreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen“ und weiter unten: „Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Österreich empfinden“. Eisner passt es eben, wie schon oben

¹⁾ Anmerkung des Herrn von Schoen: „Eine Auffassung, die ich für meine Person in Anbetracht der Weltlage allerdings nicht geteilt habe“.

bemerkt ist, nicht, dass der Leser daran erinnert wird, dass ich nicht von dem Weltkrieg spreche, sondern von der Haltung der Mächte im Falle eines Krieges zwischen Österreich und Serbien! Aus diesem Grund unterlässt er auch die Wiedergabe dessen, was ich über die zwischen Österreich und Italien damals bestehende Spannung als „ein die Situation sehr erschwerendes Moment“ geschrieben habe. Eine weitere Irreführung der öffentlichen Meinung bezweckt Eisner, wenn er meine Meldung über eine etwaige Abtretung des Trentino an Italien nur auszugsweise veröffentlicht und mit dem Ausruf versieht: „also schon damals!“ Denn während meine Darlegungen deutlich erkennen lassen, dass die Frage einer Entschädigung Italiens nur im Hinblick auf Art. VII des Dreibundvertrages in Wien von uns angeregt wurde, d. h. dass Österreich Italien eine Kompensation geben sollte, damit dieses sich dem österreichischen Vorgehen gegen Serbien nicht widersetze, sucht Eisner durch seinen Zusatz den Glauben zu erwecken, als ob der später (im Winter 1915) gemachte Versuch, Italien durch Abtretung österreichischer Gebiete von einem Eingreifen in den europäischen Krieg auf seiten unserer Gegner abzuhalten, schon im Juli 1914 ins Auge gefasst worden wäre, es also für die Reichsleitung sich von vornherein nicht um einen österreichisch-serbischen Konflikt, sondern um den europäischen Krieg gehandelt hätte . . .

Auch bei der Auswahl der von ihm veröffentlichten Berichte der bayerischen Gesandtschaft¹⁾ ist Eisner dolos vorgegangen. Dass er die sämtlichen Berichte aus der Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges durchsucht hatte, unterliegt wohl keinem Zweifel. Er hat aber alle diejenigen unterdrückt, die die eifrigen Bemühungen der Reichsleitung zur Erhaltung des Friedens erkennen lassen . . .

Freilich — und diese Erkenntnis ist wohl heute in Deutschland eine allgemeine — Fehler sind auch von der deutschen Regierung, sowohl in früheren Jahren als in den kritischen Tagen des Juli 1914, begangen worden. Die Hoffnung des damaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann, dass Russland sich wie bei früheren Gelegenheiten, so auch in diesem Falle darauf beschränken würde, zu „bluffen“, und dass sowohl England als Frankreich auf Russland in friedlichem Sinne einwirken würden, war bei der damaligen Weltlage, um es milde auszudrücken, reichlich optimistisch, und wenn Staatssekretär a. D. von Jagow in seiner Schrift „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges“ (Seite 110) schreibt, er habe nach Kenntnisnahme des langen Textes des österreichischen Ultimatums dem Botschafter Grafen Szögyeny gesagt, dass ihm der Inhalt als „reichlich scharf und über den Zweck hinausgehend“ erscheine, so werden viele finden, dass in Anbetracht der verhängnisvollen Folgen, die der Schritt Österreichs auch für uns hatte, Herr von Jagow der deutschen Staatskunst damit selbst kein gutes Zeugnis ausstellt.

¹⁾ In Berlin!

Aber von einer Schuld Deutschlands in dem Sinne zu reden, wie es unsere Feinde tun, dass nämlich die deutsche Regierung den Krieg gewollt habe, ist — und die Ententeregierungen wissen dies selbst am besten! — eine bewusste Entstellung der Wahrheit. . . .

Der Bericht der Ententekommission, die „für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne“ eingesetzt worden ist, beruft sich darauf, dass „der Inhalt meines Berichts vom 18. Juli 1914 niemals offiziell dementiert worden sei“. Es ist bedauerlich, dass der Wortlaut der deutschen Kommission in Versailles nicht zugänglich gewesen ist und sie daher nicht in der Lage war, in ihren Gegenbemerkungen die Tatsache der tendenziös verstümmelten Wiedergabe durch Eisner hervorzuheben. Ich selbst konnte leider, abgesehen von einem mündlichen Hinweis im Auswärtigen Amt im November 1918, zur Aufklärung nicht früher beitragen, da der damalige interimistische bayerische Gesandte in Berlin die politischen Akten, darunter meinen in Frage stehenden Bericht, an sich genommen hatte. Erst vor kurzem war es mir möglich, eine Abschrift davon zu erhalten und die Eisner'sche Wiedergabe mit dem Wortlaut zu vergleichen.

2

Die letzten Bemerkungen des Artikelschreibers legen die Frage nahe, wieso es kam, dass die Bekanntgabe des Wortlautes des Dokumentes nicht früher stattfand.

Die Akten im Ministerium des Äussern weisen darüber folgenden Tatbestand aus:

Am 10. Januar 1919 ersuchte der neu ernannte bayerische Gesandte in Berlin Dr. von Preger das Staatsministerium des Äussern in München um Rückgabe einer Reihe von politischen Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, die zu verschiedenen Zeiten in das Ministerium nach München verbracht worden seien. In einem Verzeichnis wurden die Schriftstücke im einzelnen aufgeführt, unter ihnen auch die beiden bei der Veröffentlichung benützten Gesandtenberichte vom 18. Juli und 4. August 1914. Für den Fall, dass die Akten noch gebraucht würden, wünschte der Gesandte Empfangsbestätigung.

Ministerpräsident Eisner liess unterm 25. Januar 1919 durch Dr. Merkel den Empfang der Akten bestätigen und gleichzeitig mitteilen, dass sie auch weiterhin noch gebraucht würden.

Zum zweiten Male erhob sich die Frage nach dem Verbleib der Akten im Mai 1919, also einige Monate nach dem Tode Eisners. Das Auswärtige Amt in Berlin richtete damals im Namen der deutschen Friedensdelegation in Versailles das Ersuchen an die Bayerische Gesandtschaft in Berlin um „abschriftliche Mitteilungen der sämtlichen politischen Briefe der bayerischen Gesandtschaft in Berlin um die Zeit vom 18. Juli bis zum Kriegsausbruch.“

Den Anlass zu diesem Ersuchen hatte die Tatsache gegeben, dass die Eisnerschen Enthüllungen in der Schuldanklage der Entente in Versailles eine hervorstechende Rolle spielten, und dass die deutsche Delegation den Wortlaut der verwerteten bayerischen Dokumente kennen lernen wollte.

Die bayerische Gesandtschaft in Berlin gab den Wunsch des Auswärtigen Amtes am 7. Mai 1919 telephonisch nach München weiter, wo das Ministerium nach kurz vorher erfolgter Beseitigung der Räterepublik und Befreiung der Landeshauptstadt seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen hatte, indes die Regierung unter der Leitung des Ministerpräsidenten Hoffmann und der Landtag noch in Bamberg weilten.

Den gleichen Wunsch übermittelte übrigens auch die preussische Gesandtschaft in München unmittelbar dem bayerischen Ministerium des Äussern.

Die sofort vorgenommenen Nachforschungen ergaben, dass die verlangten Akten sich nicht in den Räumen des Ministeriums befanden. Sie wurden dann am 11. Mai unversehrt in der Privatwohnung Eisners aufgefunden und wieder in amtlichen Verwahr genommen.

Die vom Auswärtigen Amt erbetenen Abschriften wurden sofort hergestellt, darunter auch eine solche des Berichts des Geschäftsträgers von Schoen. Sie gingen alsbald nach Berlin ab und wurden durch die bayerische Gesandtschaft dem Auswärtigen Amte übermittelt. Dieses hat darüber unterm 22. Mai Empfangsbestätigung ausgestellt.

Für die Gegendenschrift der deutschen Viererkommission über die Schuldfrage haben die Dokumente keine Verwendung mehr gefunden. Diese Denkschrift ist noch

vor dem 28. Mai abgeschlossen worden, an welchem Tage sie von Brockdorff-Rantzau der Entente zugeleitet wurde.

Auch in der Zeit bis zum Ultimatum der Verbandsmächte vom 16. Juni 1919 und bis zum Abschluss des Friedensvertrags ist eine Veröffentlichung des Wortlautes nicht erfolgt. Erst durch den obigen Artikel des Geheimen Legationsrats von Schoen wurde die Bekanntgabe des Wortlautes in der Deutschen Allgemeinen Zeitung herbeigeführt.

Die deutsche Viererkommission stellte in ihrer Erklärung vom Anfang August 1919 fest, dass sie erst aus dem Artikel des Herrn von Schoen vom 2. August 1919 den vollen Inhalt des Gesandtenberichtes vom 18. Juli 1914 kennen lernte.¹⁾

Die übrigen in der Eisnerschen Publikation verwerteten diplomatischen Schriftstücke sind im Wortlaute erst bekannt geworden durch den Abdruck in der von Kautsky bearbeiteten und von Montgelas und Schücking herausgegebenen Urkundensammlung „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch“.

¹⁾ Siehe Abschnitt II, 3, Seite 23.